

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

10. Sitzung
16. Juni 2022

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.16 Uhr
Vorsitz: Ellen Haußdörfer (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0016](#)
Aktualisierte Prognose zum Lehrkräftebedarf bis
2030 unter Berücksichtigung von
Schüler*innenaufwuchs, Entwicklung des
Lehrkräftebestandes sowie des
Lehrkräftemehrbedarfes durch geplante
Qualitätsverbesserungen
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) [BildJugFam](#)
- Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 03.03.2022
- b) Antrag der Fraktion der CDU [0005](#)
Drucksache 19/0060 [BildJugFam\(f\)](#)
Vorfahrt für Bildung – Berlin braucht endlich eine
Lehrkräfteoffensive [Haupt](#)
[WissForsch*](#)
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)
Bis zu 1.000 Lehrer fehlen, Frau Senatorin Busse ist
auch daran gescheitert. Wie geht es weiter? [BildJugFam](#)
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- Hierzu: Anhörung
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0076](#)
Bericht Senat von Berlin – BJF I C – vom 24.05.2022 [BildJugFam](#)
Rote Nummer 0353
Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige
Lehrkräftebedarfsplanung
(auf Antrag aller Fraktionen)

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Wir werden die Punkte 2 a bis d in der Beratung verbinden. Zu den Punkten 2 a und 2 b liegt dem Ausschuss das Wortprotokoll der Sitzung vom 3. März 2022 vor. Desweiteren liegt uns zu dem Punkt 2 b eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vor. Dieser empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

Zu Punkt 2 c haben wir einvernehmlich eine Anhörung vereinbart. Als Anzuhörende begrüße ich recht herzlich Herrn Stephan Witzke, den Vorsitzenden des Berliner Grundschulleiterverbands und Schulleiter der Lisa-Tetzner-Schule, sowie Herrn Sven Zimmerschied, Beisitzer im Vorstand der Vereinigung der Berliner ISS Schulleiterinnen und Schulleiter und Schulleiter der Friedensburg Oberschule. – Ihnen beiden ein herzliches Willkommen hier in Präsenz in unserem Ausschuss.

Ich gehe davon aus, dass nach § 26 Abs. 7 S. 4 GO des Abgeordnetenhauses von Berlin ein Wortprotokoll erstellt wird. – Da sehe ich Einvernehmen. Der Besprechungsbedarf zu Punkt 2 a wurde bereits in der Sitzung am 3. März 2022 von Herrn Krüger begründet. Der Antrag zu Punkt 2 b wurde ebenfalls in der Sitzung von Herrn Abgeordneten Grasse begründet. Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 c erfolgt durch die CDU-Fraktion.

Katharina Günther-Wünsch (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir hatten am 3. März eine Sitzung mit dem Tagungsordnungspunkt „Aktualisierte Prognose zum Lehrerberdarf bis 2030“, und ich danke dem Ausschuss, dass wir uns heute noch mal mit dem Thema beschäftigen können. Es geht inzwischen nicht mehr nur um eine mittel- und langfristige Lösung des Lehrkräftemangels, sondern um eine akute Situation zum kommenden Schuljahr.

Damals war das Ziel: Steuerung und Ausstattung bei einer Bilanz von 100 Prozent, und Sie stellten damals dar, dass im November 2021 – wir alle wissen, das davor die Statistik erhoben wird – ein Defizit von 612 Lehrerstellen und damit eine Ausstattung von 97 Prozent möglich gewesen ist. Zur damaligen Sitzung im März 2022 war durch Nachsteuerung der Februareinstellung die Unterrichtsversorgung auf 98,9 Prozent gestiegen, und wir sprachen von 293 fehlenden Lehrerinnen und Lehrern. Jetzt sieht die Situation anders aus, und ja, wir begrüßen es, ich sage das noch mal ausdrücklich, dass es klare Zahlen sind. Wir sprechen inzwischen von 920 fehlenden Lehrerinnen und Lehrern. Das würde einer berlinweiten Deckung von 96 Prozent entsprechen. Das ist natürlich eine komplett andere Situation als die, die wir im März besprochen haben. Die Lage ist dramatisch und erfordert womöglich auch flexible und unkonventionelle kurzfristige Lösungen, sodass das Thema definitiv noch mal auf die Tagesordnung gehört.

Parallel haben Sie den Entwicklungsbericht für die Schülerzahlen, der das zentrale Instrument für die Lehrkräftebedarfsplanung ist, vorgelegt. Dabei fällt auf, dass Sie insbesondere im Grundstufenbereich die Wachstumsprognose von 13 Prozent auf 8 Prozent reduziert haben. Sie begründen das mit einem Wegzug der Familien aus Berlin. Wenn ich mich an unsere letzte Sitzung zum Kitausbau erinnere, wirkt das ein wenig irritierend, denn ich kann mich an keinen Anzuhörenden erinnern, der davon gesprochen hat, dass wir weniger Kitaplätze benötigen. Gleichzeitig prognostizieren Sie in dieser Vorlage der Schülerzahlprognose, dass Sie in zehn Jahren einen Aufwuchs bei den Oberstufenzentren von 13 Prozent benötigen. Wir hätten gern eine Erklärung, wie das möglich ist, wenn man zehn Jahre vorher weniger Grundschüler einschult, zehn Jahre später aber Oberstufenzentren mit 13 Prozent mehr Schulplatzkapazität benötigt.

Wir haben also – Stand jetzt – knapp 1 400 fehlende Lehrer, und das bei einer nahezu halbierten Schülerzahlprognose. Wir wissen, dass die 100 Prozent nicht zu halten sind, und wir mit den Quereinsteigern und dem Einsatz pensionierter Lehrer schon seit geraumer Zeit versuchen, die Löcher zu stopfen und dass uns das nicht mehr gelingt. Aber wir kennen nicht den Fahrplan für die Schulen ab August 2022. Wo sieht der Senat kurzfristige Möglichkeiten, Stichwort abgeordnete, freigestellte Lehrer? Wie sieht es mit der Verbeamtung aus? Das war schon zum ersten Mal ein Thema in der Aktuellen Viertelstunde. Wie sieht es mit Angeboten für Teilzeitlehrkräfte aus? Gibt es für Lehramtsstudenten weiterhin das Angebot, nebenbei schon in die Praxis einzusteigen? Was ist mit einer „gerechten Verteilung“ von Lehrern in Berlin gemeint? Zusammengefasst: Wie sieht die kurz- und mittelfristige Planung aus, um die Lücke in der Lehrerversorgung zu schließen?

Ich freue mich, dass wir uns in der letzten Sitzung darauf einigen konnten, Anzuhörende einzuladen, und dass wir mit Herrn Witzke und Herrn Zimmerschied zwei erfahrene Praktiker aus unterschiedlichen Schulformen an unterschiedlichen Standorten haben, die uns auch gern aus der Praxis und dem umzusetzenden System die Lage schildern können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen Dank! – Für die Stellungnahme des Senats Frau Senatorin Busse, bitte!

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Frage! Ich halte es auch für außerordentlich wichtig, dass wir uns bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr zu einer zentralen bildungspolitischen Herausforderung, nämlich dem Lehrkräftebedarf in unserer Stadt, austauschen.

Im Rahmen der Sitzung im März habe ich Ihnen mitgeteilt, dass mein Haus den Lehrkräftemangel offen kommunizieren wird. Zu Schuljahresbeginn fehlten dem Land – sogar eine mehr – 613 Vollzeiteinheiten. Zum kommenden Schuljahr rechnen wir mit einer Zahl von 920 Vollzeiteinheiten, also nicht 1 000, wie immer gesagt wird. Auch wenn diese Zahl im Laufe des Schuljahrs durch Neueinstellungen noch abnimmt, werden wir diesem besorgniserregenden Trend mit vereinten Kräften entschlossen entgegenwirken. Es freut mich, dass dennoch einige Bezirke bereits fast alle Stellen besetzt haben. Zum Beispiel habe ich gestern mit Steglitz-Zehlendorf und Neukölln telefoniert und war hocherfreut, noch mit dem Zusatz: Da werden noch etliche Bewerberinnen und Bewerber abgearbeitet. – Herr Blume neben mir nickt.

Der bundes- und landesweite Lehrkräftemangel stellt uns alle und die ganze Stadt vor große Herausforderungen. Es ist klar, dass wir dieses Problem nicht kurzfristig lösen werden. Wir werden aber in den kommenden Wochen und Monaten die Weichen stellen, um auch in Zukunft eine gute Bildung für Berlin sicherzustellen. Das ist eins der fünf „B“s, mit denen wir in dieser Stadt angetreten sind, dazu gehört auch die heutige Anhörung meiner ehemaligen, sehr geschätzten Kollegen Herrn Witzke und Herrn Zimmerschied.

Ich habe bereits in der letzten Sitzung zu diesem Thema zentrale Maßnahmen des Hauses vorgestellt. Seit dem ist selbstverständlich viel geschehen. Ich kann Ihnen sagen, es vergeht kein Tag, an dem sich das Haus nicht mit diesem Thema befasst, logisch. – Sehr schön: Noch in diesem Sommer darf ich 350 Referendarinnen und Referendaren ihre Ernennungsurkunde übergeben.

Zur Frage Verbeamtung – das geht ja alles ineinander über –: Wir hatten weit über 4 000 Lehrkräfte, die uns verlassen haben. Einer der Hauptgründe ist wahrscheinlich, und ich kann nur sagen, dass das immer noch ressortübergreifend geprüft wird, Tarif und Laufbahn, rechtliche Fragen stehen da kurz vor dem Abschluss – Berlin muss die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Artikelgesetz schaffen, es läuft auf Hochtouren, denn Sie merken: Berlin kehrt zur Verbeamtung zurück. Die Wiederverbeamtung ist aber nur ein Baustein, um diesem bundesweiten Lehrkräftemangel entgegenzuwirken.

Ich möchte an dieser Stelle auch an die Verantwortung der Wissenschaftsverwaltung appellieren. Die Output-Steuerung der Hochschulverträge sieht vor, dass jährlich rund 2 000 ausge-

bildete Lehrkräfte die Hochschulen verlassen. Allerdings sind die Hochschulen von ihren vertraglichen Verpflichtungen noch weit entfernt. Da muss noch viel geschehen.

Selbstverständlich beschäftigt der Lehrkräftemangel auch meine Kolleginnen und Kollegen in den 15 anderen Bundesländern. Wir beraten uns in der KMK überregional. Kommendes Jahr hat Berlin den Vorsitz der KMK, und wir werden u. a auch die Lehrkräftebildung in den Fokus nehmen. Ich bin überzeugt, dass wir eine gemeinsame Steuerung, die unabdingbar ist, hinbekommen.

Ich möchte ganz deutlich sagen: Die Zeit der ungleichen Verteilung von Lehrkräften muss vorbei sein. Es kann nicht sein, dass eine Grundschule in Lichtenberg eine Lehrkräfteausstattung von 73 Prozent hat, während eine Schule 100 Meter entfernt im Nachbarbezirk über 110 Prozent aufweist. – 110 Prozent hört sich jetzt irre an, jede Schule würde sich wahnsinnig darüber freuen, wenn sie diese hätte, und selbst das würde man an manchen Tagen nicht merken.

Die Schulaufsichten stehen mit den Schulleitungen ihrer Bezirke in ganz engem Austausch und werden für eine gerechte Verteilung des pädagogischen Personals verstärkt arbeiten. – Als außerschulischer Mensch kann man sich nicht vorstellen, dass es sehr schwierig ist, auch wenn eine Schule 110 Prozent hat, kann man nicht einfach sagen: Husch, eine Lehrkraft, ich suche mir Frau Meyer aus, geht jetzt! – Der Stundenplan und die Verteilung an einer Schule ist ja eine ganz enge Verflechtung. Das ist eine sehr schwere Aufgabe, die nicht mit einem Anruf zu tätigen ist.

Wir werden der ungleichen Verteilung der Lehrkräfte auch über Einstellungskorridore und eine verstärkte Regionalisierung entgegenwirken. Mein Staatssekretär wird hierzu verstärkt mit den Schulaufsichten in Austausch treten, um die Heterogenität der Bezirke schnell abzubauen. Die Rolle der multiprofessionellen Teams wird zunehmen; ob Musik-, Kunst-, Ergotherapeuten, dank dieser interdisziplinären Fachkräfte können wir die Förderung unserer Kinder und Jugendlichen individuell verstärken.

An dieser Stelle möchte ich sagen: Ja, die Stundentafel ist gesichert. Das bedeutet jedoch nicht, dass eine Schule nicht temporär eine Priorisierung vornehmen kann. Das lässt die VV Zuordnung bereits zu, nicht erst in diesem Jahr. Das steht in der Präambel. Eine gute Schulleitung kann einfach ganz gezielt steuern – vielleicht ist in der einen Klasse die Kollegin schwanger geworden –, und dann sieht die Fachverteilung für eine gewissen Zeit ganz anders aus.

Ich freue mich darüber, dass der Landeselternausschuss vorgeschlagen hat, einen Runden Tisch einzuberufen. Das begrüßen wir sehr, weil wir gegenüber jeder fachlichen Expertise und guten Vorschlägen aufgeschlossen sind. Sie merken, wir bedienen da mehrere Schrauben, auch Kleinstes hilft. Möglicherweise gibt es die eine Kollegin oder den anderen Kollegen, die oder der sagt: Ich kann mir in diesem Jahr vorstellen, in meiner Klasse zwei Stunden mehr zu arbeiten. – Wenn wir das dann berlinweit addieren, ist das auch eine Hilfe. Das kann man ab sofort machen.

Wenn man in Teilzeit war, kann man diese auch ab sofort aufstocken. Die Schulleitungen sind auch angehalten, mit den Kollegen, die Teilzeit beantragt haben, noch mal bei einer Tasse

Kaffee zu sprechen. Auch da kann man möglicherweise noch ein paar Stunden gewinnen. Jede Stunde zählt. Wir sind da ganz breit aufgestellt. Aber vielleicht ist bei dem ersten Runden Tisch noch die zündende Idee dabei. Wir sind da ganz offen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: In der Anhörung kommt jetzt Herr Witzke und dann Herr Zimmerschied dran – ich sage mal: großzügige fünf Minuten. – Herr Witzke, bitte!

Stephan Witzke (Vorsitzender des Berliner Grundschulleiterverbands; Schulleiter der Lisa-Tetzner-Schule): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Aus Sicht als Verband und als Schulleiter einer Schule im Süden von Neukölln ist das neue Schuljahr – immer mit Blick auf das Thema Verbeamtung, Sie haben es vorhin schon angesprochen, das mich seit Jahren leider viele Lehrkräfte gekostet hat – besonders herausfordernd. Ich bin jetzt sieben Jahre Schulleiter, und es war noch nie so schwierig, Menschen zu finden. Wir werden es nicht schaffen, alles zu besetzen. Das kann ich ganz klar sagen. Selbst wenn wir quantitativ 100 Prozent erreichen sollten, müssen wir auch daran denken, dass ich nicht eine einzige Lehrkraft eingestellt habe, die es gelernt hat oder schon irgendwie etwas damit zu tun hatte. Willige, motivierte Seiten- und Quereinsteiger, Studentinnen und Studenten – und ich möchte Ihnen nicht nur von meiner Schule, sondern auch als Verband mitteilen, dass es vielen Schulen so geht – stellen wir ein, aber uns fehlen ganz oft Menschen, die Klassenleitungserfahrungen haben, die vor allem in der ersten Klasse wissen, wie Schreiben, Lesen, Rechnen geht.

Wir können darüber diskutieren, dass wir 100 Prozent oder 97 Prozent an einer Schule haben, damit allein ist die Qualität nicht gesichert. Wir brauchen da ganz dringend einen Blick. Den Runden Tisch begrüße ich sehr. Die Kommunikation finde ich auch gut. Ich finde auch gut, dass wir im Mai – wenn aus unserer Sicht auch etwas spät, aber immerhin – ganz offen die Zahlen gehört haben, wie viele Menschen dann fehlen werden. Als Schule begrüßen wir das, aber es ist für uns zu spät. Im Mai sind wir schon fast mit allem fertig. Wir stellen jetzt zwar noch Menschen ein, aber der Kommunikationsprozess für das neue Schuljahr mit unseren Leuten vor Ort beginnt spätestens im Januar. Dann müssen wir auch ganz klar benennen, was nicht geht. Ich denke, wir müssen auch den Eltern und der Schulöffentlichkeit deutlich mitteilen, dass wir zum neuen Schuljahr vieles nicht anbieten werden. Ich habe zum Beispiel für die Fachbereiche Sport und Schwimmen – das in der Grundschule so wichtig ist – keine Fachleute. So wichtige Fächer wie Kunst und Musik lässt man gern unter den Tisch fallen. Auch dafür sind kaum Fachmensen vor Ort, oder sie sind so in der Ausbildung, dass ich sie nur ganz wenig einsetzen kann.

Natürlich haben wir Ideen und Lösungen. Es hilft uns nicht, wenn man sagt: Die Stundentafel muss – – Wo soll fokussiert werden? Ich kann damit etwas anfangen. Ich bin ein Schulleiter, der sagt: Wir müssen den Fokus auch auf die Förderstunden legen. – Es gibt aber genug Schulleitungen, die Sorge tragen, die das nicht so nehmen und sich da nicht so sicher fühlen. Die dann sagen: Wie soll ich das alles hinbekommen? – An der Stelle muss man aus unserer Sicht noch einmal die Eigenverantwortung der Schule stärken und sagen: Ihr habt vor Ort die Gesamtkonferenz, die Schulkonferenz, auch die Schulaufsicht, mit der man sich noch mal absprechen kann, ihr habt ringsherum Schulen, und ihr müsst sehen, dass die Förderstunden nicht zu ungunsten der Stundentafel oder andersherum weggestrichen werden. – Unser Votum ist ganz klar: Es gibt nicht die eine Lösung. Die Grundschule ist sehr heterogen und vielfältig. Was in Steglitz-Zehlendorf geht, mag in Neukölln oder in Lichtenberg noch lange nicht funk-

tionieren. Die Steuerung, das wurde auch angesprochen, hat aus unserer Sicht seit Jahren wenig bis gar nicht für eine Schule in Neukölln funktioniert. An der Stelle muss noch mal ein deutlich stärkerer Fokus kommen, auch gerade bei den Lehrkräften, die dann fertig sind und ordentliche Lehrkräfte sind, dass man gezielt sagt: Sie gehen an diese Schule, egal, ob es eine beliebte Schule ist oder nicht. – Das vermissen wir, aber das fordern wir an der Stelle ganz deutlich. – So viel erst mal von mir.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank Herr Witzke! – Herr Zimmerschied bitte!

Sven Zimmerschied (Vorsitzender des Vorstands der Vereinigung der Berliner ISS Schulleiterinnen und Schulleiter – BISSS –; Schulleiter der Friedensburg Oberschule): Erst mal auch von mir: Vielen Dank für die Einladung! Ich weiß nicht, ob Sie es für das Protokoll benötigen: Ich bin nicht Beisitzer im Vorstand, sondern der Vorsitzende des Vorstands. – Ich glaube, uns allen ist klar geworden: Es gibt hier keine einfache Lösung und nicht die Superidee, wie wir das von heute auf morgen lösen. Es muss also ein Zusammenspiel von vielen kleineren und manchen größeren Sachen sein. Ich werde, wenn ich Ihnen hier jetzt etwas vorstelle, viel von meiner Schule reden, weil ich denke, es sollte praxisnah sein. In gewisser Weise ist meine Schule typisch, in gewisser Weise aber auch untypisch.

Wir sind Europaschule Deutsch – Spanisch. Also ich gewinne Personal im Ausland. Ich fische im deutschen Auslandsschuldienst oder so etwas ab. Das geht natürlich nicht bei allen Schulen, aber bei manchen bestimmt. Ich habe mich vorher mit den anderen Schulleitungen oder mit meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen abgesprochen. Erstaunlicherweise, bei den Sekundarschulen ist das sehr unterschiedlich, gibt es Sekundarschulen, die kein wirkliches Problem haben, Personal zu finden; es kann mal sein, da fehlt ein Informatiklehrer oder eine Chemielehrerin. Es gibt aber auch das andere Ende, Sekundarschulen, die extreme Probleme haben. Frau Busse hat vorhin etwas von 70 Prozent an einer Grundschule gesagt; wir haben auch Sekundarschulen, die sich bei 80, 85 Prozent Personalausstattung bewegen. Trotzdem sind die sich interessanterweise am Ende sehr einig, wenn es um gewisse Maßnahmen geht.

Kurz zur Verbeamtung: Hier wird ja immer gesagt, wir müssen noch auf die Effekte oder so warten. Als Schulleiter sehe ich die Effekte der Verbeamtung schon. Bei mir bleiben alle vier Referendarinnen bzw. Referendare, die jetzt fertig werden, in Berlin. Die kann ich also in diesem Schuljahr übernehmen. Das wäre früher ohne die Verbeamtung wahrscheinlich nicht der Fall gewesen. Ich habe letzte Woche ein Bewerbungsgespräch geführt. Das war eine Kollegin, die sich in Berlin und in Brandenburg natürlich an mehreren Schulen beworben hat. Ich stehe nicht mehr ganz so nackt da. Ich kann sagen: Jetzt kommt die Verbeamtung in Berlin auch. – Das wirkt schon. Das ist jetzt noch nicht messbar, aber ich kann feststellen, dass es etwas bewirkt.

Es wurden auch schon Abordnung, Ermäßigung, Fortbildung angesprochen. – Alle Schulleiterverbände sprechen sich dafür aus, dass möglichst so weit, wie es irgendwie geht, zu reduzieren. Wir brauchen diese Personen in den Schulen. Wir haben uns gestern z. B. alle dafür ausgesprochen, Fortbildungen in der Regel schulintern durchzuführen, und dass man in der regionalen Fortbildung noch mal gucken könnte, wo da wieder Stunden in die Schulen zurückkommen können.

Zur Stundentafel wurde auch schon etwas gesagt. Ich schließe mich Herrn Witzke völlig an: Wir brauchen da schulspezifische Lösungen und keine pauschale Reduktion der Stundentafel, das wurde auch in der Presse und den Medien diskutiert, weil es an den Schulen extrem unterschiedlich ist. Das wurde auch schon gesagt. Man muss aber auch sagen, wenn wir mal ehrlich sind: So eine Stundentafelreduzierung findet schon statt, Frau Busse hat es im Grunde auch schon gesagt. Mal muss sie sein. Wir müssen halt bloß gucken, dass es in gewisser Weise legalisiert wird – das will ich mal in Anführungsstrichen setzen –, weil sich da Schulleitungen immer auf sehr dünnem Eis bewegen. Es ist ja auch klar, wenn Eltern sagen: Sie tun jetzt hier das nicht, was da aber steht –, muss man das wirklich gut kommuniziert haben.

Vorhin war auch schon die Rede von Einstellungskorridoren. Ich habe das so verstanden, dass es darauf hinausläuft, dass faktisch die Stellenzumessung an den Berliner Schulen bei 97 Prozent gekappt wird. Das heißt, dass Schulen zukünftig gar nicht mehr auf 100 Prozent kommen können. Ich sage ganz deutlich: Ich halte dieses Vorgehen für falsch, weil – es ist relativ einfach – Menschen nicht das tun, was sich eine Verwaltung überlegt. Ich fürchte, am Ende stehen wir durch ein solches Vorgehen mit noch weniger Lehrkräften berlinweit da. Ich mache Ihnen das an einem Beispiel deutlich: Ich habe zurzeit eine Personalausstattung von 96 Prozent, also ich könnte sogar noch einstellen. Aber stellen Sie sich vor, ich darf nur 97 Prozent und nicht 100 Prozent haben. Was passiert mit diesen 3 Prozent? – Einer kann vielleicht umgelenkt werden, da funktioniert vielleicht die Idee der Senatsverwaltung, einer geht natürlich nach Brandenburg oder ganz woanders hin und der eine kommt gar nicht im Schuldienst an, weil er sich als Seiten- oder Quereinsteiger nicht genügend wertgeschätzt fühlt, das heißt: Am Ende verliert Berlin durch dieses Vorgehen sogar noch 2 Prozent Lehrkräfte. Dass gesteuert werden muss, ist völlig richtig und notwendig. Aber es kann nicht an der Stellenzumessung, sondern es muss natürlich bei den Bewerberinnen und Bewerbern gesteuert werden. Ich sehe es auch völlig ein, wenn ich einen Ausstattungsgrad von 96 oder 98 Prozent habe, dass andere Schule erst mal vorrangig zu Castings – so werden die Stellungsbesetzungsverfahren ja in der Regel genannt – eingeladen werden. Es ist auch völlig in Ordnung, dass Referendare umgelenkt werden usw., aber die Stellen von vornherein den Schulen wegzunehmen, halte ich für falsch.

Ein anderer Punkt, der hier noch nicht so kam: Wir beobachten zurzeit, dass es überhaupt oder fast keine Abgänge aus den Unis gibt. Es kommen keine oder sehr wenige Referendare – ich kenne die Zahlen nicht, die weiß bestimmt die Senatsverwaltung – in den Schulen an. Wir hoffen, dass das ein Verschiebeeffect durch Corona ist, denn bei mir haben sich zumindest zum Halbjahr schon vier neue Referendarinnen und Referendare angekündigt. Das muss man sich vielleicht noch anschauen.

Was zur Teilzeit gesagt wurde, können wir nur unterstützen. Natürlich bitte ich Kollegen: Kannst du nicht mal zwei Stunden mehr machen? Da fehlt noch was. – Das funktioniert auch oft. Die Kollegen sind da nicht unwillig. Ich bringe wieder ein Beispiel aus meiner Schule: Ich habe einen jungen Kollegen, der ist noch Referendar. Der hatte heute seine Staatsexamenprüfung, die er erfolgreich bestanden hat. Er hat aber schon angekündigt, wenn er dann anfängt: halbe Stelle. Er hat jetzt keine Familie oder so etwas zu versorgen. Wir müssen an der Stelle ein bisschen stärker auf die Menschen einwirken, dann doch mehr als nur eine halbe Stelle zu arbeiten. Ich weiß – ich bin Schulleiter –, das hat Gründe. Der Kollege ist Deutschlehrer, und als Deutschlehrer mit voller Stelle sind vieler der Meinung, sie können diesen Job nicht mehr bewältigen. Ich gebe ihnen in Teilen auch recht, weil sie sitzen dann 60 Stunden in

der Woche und müssen arbeiten, deswegen ist dieser Trend, in Teilzeit zu arbeiten, ja so groß. Aber vielleicht dann doch ein bisschen mehr als die Hälfte. Da muss man noch ein bisschen Druck erzeugen, das muss man wirklich so sagen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Zimmerschied! – Ich möchte mich dafür entschuldigen, dass ich Sie vielleicht falsch angesprochen habe. Auf der Webseite Ihres Verbands wird es leider falsch aufgeführt.

Sven Zimmerschied (BISSS): Ja, da ist es noch falsch. Wir hatten zurzeit so viele andere Sachen zu tun, statt die Webseite zu aktualisieren.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Dann kommen wir nun zu der Beratung zu den Punkten 4 a bis d. Ich habe auf der Redeliste: Herrn Hopp, Herrn Fresdorf, Herrn Weiß, Frau Brychcy und Herrn Krüger. Dann würde ich sagen, fangen wir erst mal mit Herrn Hopp an.

Marcel Hopp (SPD): Vielen Dank, Frau Ausschussvorsitzende! – Erst mal zur Senatsverwaltung: Ich finde es sehr begrüßenswert, dass in Hinblick auf den Vorschlag des Landeselternausschusses der Runde Tisch von Ihrer Seite aus begrüßt wurde. Ich glaube, dass wir alle in der Problemanalyse – und das sieht man auch in der Debatte an den vielen Vorschläge, die gerade gemacht werden – das Problem sehen. Die Frage ist, wie wir uns dem nähern. Ich glaube, bei einem Runder Tisch ist es mit Blick auf die vielen Stellschrauben, die hier angesprochen wurden und die man gemeinsam durchgeht, gar nicht so einfach, sich nur auf eine zu konzentrieren. Dazu braucht es selbstverständlich auch die Eltern dieser Stadt Seite an Seite.

Ich würde gern noch etwas zu Herrn Witzke und Herrn Zimmerschied sagen. Ich unterstütze den Aspekt total, den Sie so stark machen, dass unabhängig davon, in welche Richtung es auch in Hinblick auf die Stundentafel geht, die Eigenständigkeit der Schule nicht angetastet und im Zweifelsfall – und das ist ein Weg, den ich sehr präferieren würde – in Zeiten des Mangels sogar gestärkt wird. Ich finde, dass man sich aus fachlicher Sicht an die heilige Kuh der Stundentafel durchaus herantrauen sollte – zumindest in der Frage der Grundversorgung der Fächer zugunsten eines breiteren Profilbands und Poolstunden –, mit der man wiederum Stunden systematisch generiert. Das ist ein Ansatz, der die vielen Interessen und Problemlage so angeht, dass die Eigenständigkeit der Schule nicht beschnitten wird. Wenn man sagt: Die Fächer bleiben unangetastet, ist klar, was passiert: Die Profilstunden werden gekürzt. Die Profilstunden sind das Herzstück der Eigenständigkeit der Schule. Da muss ich sagen: Das ist nicht das, wofür unsere Fraktion an dieser Stelle steht.

Der zweite Punkt ist: Eine Kürzung an den Profilstunden bleibt eine Kürzung an der Stundentafel. Man muss sich an der Stelle ehrlich machen. Eine Kürzung findet offensichtlich statt, die Frage ist nur, welchen Rahmen man dazu setzt. Es würde mich interessieren, was Sie von dem Ansatz halten, dass man den Rahmen, über den wir sprechen, festlegt. Ich glaube, ein systematisches Problem braucht eine systematische Lösung, die innerhalb dieses Rahmens die Eigenständigkeit zum Beispiel durch eine Erhöhung der Profilstunden für die Schulen – sei es Grundschule, ISS oder Gymnasium – erhöht und unterm Strich aber trotzdem eine VZÄ pro Schule generiert. Das wäre vielleicht auch ein Ansatz, der diese Problemlage auf verschiedenen Ebenen angeht. Im Grunde genommen reden wir über ein Wochenstundenkontingent, das haben andere Bundesländer auch. Es ist ein bisschen spontan, aber trotzdem würde mich im

Ansatz interessieren, was Sie davon halten. Meiner Ansicht nach würde das in Ihrem Sinne sein, weil wir aus der Krisensituation eine Chance machen, die eigenständige Schule zu stärken. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Fresdorf, bitte!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Witzke, Herr Zimmerschied, für Ihre Ausführungen! Es ist ja wirklich eine schwierige Situation, in der sich die Berliner Schule befindet, wenn wir uns die Ausstattung mit Lehrkräften anschauen. Das ist ein Thema, das uns schon seit vielen Jahren beschäftigt. Sie haben die Situation noch mal gut beschrieben.

Sie haben, glaube ich, beide gesagt, Sie würden sich wünschen, dass das Thema Reduzierung der Stundentafel in irgendeiner Form legalisiert wird, weil das seit vielen Jahren in Schulen angewandt wird, um Lücken zu stopfen. Vielleicht könnten Sie dazu noch mal ausführen, wie wir Sie als Gesetzgeber dabei unterstützen können, wie Sie sich das konkret vorstellen. Das wäre auch für weiteres Handeln sehr hilfreich.

Sie haben das Thema Teilzeitarbeit Ihrer Kolleginnen und Kollegen angesprochen, Herr Zimmerschied mit dem Deutschkollegen, der nur eine halbe Stelle macht, weil Deutsch ein sehr korrekturintensives Fach ist und man da sehr lange sitzt. Gibt es weitere Gründe für Teilzeit? Sie werden mit den Kolleginnen und Kollegen sicherlich regelmäßig Gespräche führen. Was für Angebote kann man da machen? Was für Angebote würden Sie gern machen, bei denen Sie vielleicht die Unterstützung dieses Hauses brauchen, um diese machen zu können, um auch als Arbeitgeber attraktiver zu sein? Was fehlt den Kolleginnen und Kollegen, um die Teilzeit zu erhöhen? Was kann die Politik ändern, um Sie da zu unterstützen?

In diesem Zusammenhang das Thema Korrekturassistenzen: Wie bewerten Sie das, um bei den korrekturintensiven Fächern etwas Druck herauszunehmen, die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen und da auch noch mal Stunden zu generieren? – Das wären die Fragen an Sie.

Eine Frage habe ich an den Senat: Kann uns der Senat heute darüber Auskunft geben, wie viele Abordnungen von Lehrkräften es in die Ministerien des Landes Berlin oder in untergeordnete Dienststellen gibt, die also nicht als Lehrerinnen oder Lehrer arbeiten, sondern ihren Dienst als Lehrkraft woanders im Land Berlin verrichten? Wie stehen die Chancen, dass wir diese Abordnungen rückgängig machen können?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Weiß, bitte!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal im Namen meiner Fraktion: Herzlichen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie uns zur Verfügung stehen! Ich habe erstens Nachfragen zu dem Thema Stundentafel: Frau Senatorin legte auf die Feststellung Wert, dass die vorgeschriebene Stundentafel nicht in Gefahr sei. – Was soll das konkret bedeuten? Die Frage ist ja: An welchen Stellen soll nach Ansicht des Senats jetzt gekürzt werden? In der Sitzung vom 3. März sagte uns Frau Senatorin: Eine Regulierung kann A über eine Absenkung des Bedarfs an Lehrkräften oder B über eine Erhöhung des Bestandes der Lehrkräfte erfolgen. – Wir wissen heute: Eine Erhöhung des Bestandes schaffen Sie nicht. Die konkrete Frage an Sie: Wo und wie soll jetzt abgesenkt werden? Denn Option C: einfach planlos weitermachen, kommt mit Sicherheit nicht in Betracht.

Zweites Thema: Verteilungsgerechtigkeit. Meine Frage an Herrn Zimmerschied: An Gymnasien sind die Klassen ja jetzt bereits größer als an Schulen anderen Typs. An den Sekundarschulen gibt es Unterricht, Förderunterricht und Teilungsstunden, in der sog. Doppelsteckung. Welche Möglichkeiten, den Lehrermangel aufzufangen, sehen Sie am Gymnasium und an anderen Schultypen im Vergleich? Wie stellen Sie sich eine Verteilungsgerechtigkeit bei der Lehrerausstattung vor? Wäre es bspw. vertretbar, dass einige Schüler in Doppelsteckung unterrichtet werden, während dafür bei anderen Schülern die Stunden ausfallen müssten?

Drittens zum Thema Teilzeit, das schon angesprochen wurde: Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat jetzt zur Diskussion gestellt, die Teilzeit für Lehrkräfte müsse grundsätzlich eingeschränkt werden. Derzeit prüft das Land, ob die Mindestarbeitszeit für Beamte erhöht werden könne. Stand Oktober 2021 arbeiten in Berlin rund 35 Prozent der Lehrkräfte nicht in Vollzeit. – Meine Frage an die beiden Anzuhörenden: Wie bewerten Sie die Idee einer Neuregelung der Teilzeit, bei der Teilzeit bspw. nur noch möglich wäre, wenn Lehrer durch pflegebedürftige Angehörige oder Krankheit eingeschränkt wären – also über den freiwilligen Aspekt der Mehrarbeit hinausgehend?

An den Senat gerichtet: Wie viele Lehrstellen würde eine Stunde Mehrarbeit für Lehrer in Teilzeit eigentlich bedeuten? Wird auch in Berlin eine Neuregelung der Teilzeit geprüft? Wenn ja, was ist das Ziel? Wenn nein, warum ist das kein Thema?

Abschließend noch mal zum Themenkomplex der Lehrkräftegewinnung: Sachsen-Anhalt hat für das Jahr 2021/22 von sog. Headhunteragenturen Gebrauch gemacht, die z. B. Lehrer aus dem Ausland angeworben haben. Wir hatten dazu schon in der letzten Legislaturperiode beim Senat angefragt und bestätigt bekommen, dass das für das Land Berlin derzeit keine Rolle spielt. Meine Frage an den jetzigen Senat: Hat sich seitdem etwas geändert? Angesichts der immer weiter zugespitzten Lage sollte meines Erachtens nach jede mögliche Option geprüft und wenn möglich genutzt werden. Die Presse im März meldete, dass der Senat mit dem Beschluss zur Verbeamtung ein wichtiges bildungspolitisches Vorhaben aus dem Koalitionsver-

trag umsetzen möchte. Wir wissen – Stand jetzt –, die Verbeamtung ist noch keineswegs durch. Meine Frage: Sie hatten gesagt, Möglichkeiten für einen Nachteilsausgleich bei der Nichtverbeamtung würden geprüft, und im März erklärten Sie, dass bis Mai, also sprich bis letzten Monat, dazu ein Konzept vorliegen sollte, wie dieser Nachteilsausgleich ausgearbeitet werden kann. – Wo ist dieses Konzept? Oder wie ist der aktuelle Bearbeitungsstand? – So viel erst mal dazu.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herzlichen Dank! – Frau Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich wollte erst mal den Senat befragen. Ich begrüße es erst mal, dass eine stärkere Steuerung geplant ist, auch bei Einstellungen. Ich wollte nachfragen, in welchem Verfahren das stattfinden könnte und ob das Thema der Flexibilität in diesen Zeiten des Lehrkräftemangels mit den Schulaufsichten schon besprochen worden ist, um den Schulleitungen die Flexibilität einzuräumen. Ich begrüße auch sehr die Idee eines Runden Tisches und dass sich der Senat offen dafür zeigt, in dieser schwierigen Situation des Lehrkräftemangels auch Expertise aus der Stadt heranzuholen und gemeinsam Strategien und Wege zu besprechen. – Ist schon klar, wie viele Referendarinnen und Referendare – Stand jetzt – zum kommenden Schuljahr gewonnen werden können, die in den Schuldienst eingestellt werden können?

Dann richte ich mich an die Anzuhörenden. Vielen Dank für Ihre Ausführung! Ich fand es sehr gut, dass Sie gesagt haben, dass Sie seitens der Schulleitungen alles tun werden, um mit dieser schwierigen Situation umzugehen, Ihnen die Qualität des Unterrichts sehr wichtig ist und Sie schauen werden, wie sie individuelle und schulscharfe Lösungen finden, je nach dem, wie der Personalstand und -bedarf ist. Wir haben, glaube ich, das Vertrauen zu unseren Schulleitungen, dass Sie das gut machen. Sie haben mit der schwierigen Situation schon viel Erfahrung, auch wenn wir es jetzt noch mal klar auf dem Tisch liegen haben, wie prekär die Einstellungssituation ist.

Herr Witzke! Sie hatten gesagt, dass insbesondere in solchen Fächern wie Kunst, Musik und Sport teilweise ein Mangel an den Schulen besteht. Ich wollte fragen, ob es in der Schulregion eine Kooperation geben könnte, wo man auf freiwilliger Basis schaut, ob Kolleginnen bzw. Kollegen stundenweise oder für einen gewissen Zeitraum bereit wären, an Nachbarschulen zu gehen, um zu unterstützen, wenn es in einzelnen Fächern einen großen Mangel gibt.

Dann wollte ich Sie beide fragen, was Sie von der Schulaufsicht und vom Senat in dieser schwierigen Situation erwarten. Welche Dinge könnten Ihnen helfen, mit der Situation umzugehen?

Herr Zimmerschied! Sie hatten zur regionalen Fortbildung gesagt, dass man viele Fortbildungen auch schulintern organisieren kann. Es ist uns natürlich gerade nach Corona ein großes Anliegen, dass das Thema Digitalisierung auch in den Fortbildungen umgesetzt wird. Wir finden es gut, wenn es an den Schulen Teamfortbildungen gibt, aber auch die regionale Fortbildung hat ihren Wert. Ich wollte nach diesem Spannungsverhältnis fragen: Wir finden Fortbildungen wichtig, wenn Kolleginnen und Kollegen bereit sind, das in Anspruch zu nehmen, sollten uns aber bei der Fortbildung auch nicht selber ein Bein stellen.

Ich wollte den aktuellen Stand zur multiprofessionellen Unterstützung erfragen. Es gab ja schon immer die Möglichkeit zur Umwandlung, wenn man die Situation hat. Aber wir wollen auch zusätzlich unterstützen. Wir hatten als Koalition gesagt: Wir wollen an allen Schulen Schulsozialarbeit. Wie ist der aktuelle Stand? Kann man sagen, dass unsere SIBUZe und die IT-Administratoren, die zusätzlich unterstützen sollen, überall umgesetzt sind? Wir haben als Koalition festgelegt, dass die SIBUZe gestärkt werden sollen, dass wir IT-Administratoren für die Oberstufenzentren einrichten und neue Stellen für pädagogische Unterrichtshilfen für die Inklusion einstellen wollen. Wie sehen Sie das? Wie können Ihnen multiprofessionelle, möglicherweise auch nichtpädagogische Professionen wie Schulhelferinnen und -helfer in dieser Situation des Mangels, auf die wir uns einstellen und mit der wir ein paar Jahre umgehen müssen, weiterhelfen? Wir wollen Sie natürlich solange unterstützen, bis die Kolleginnen und Kollegen wieder in den Schulen ankommen.

Da möchte ich springen. Wir werten ja auch die Anhörung zur Lehrkräftesituation und Lehrkräftebildung vom 3. März aus. Wir haben als Koalition gesagt, dass es uns so wichtig ist, dass wir pro Jahr 17 Mio. Euro einstellen, aber es muss umgesetzt werden. Bei dieser Anhörung ist herausgekommen, dass wir teilweise Studienplatzkapazitäten, aber wenig Bewerberinnen und Bewerber haben. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie müssen in einem engen Austausch das Programm „Beste (Lehrkräfte)-Bildung für Berlin“ umsetzen und fortsetzen, Qualität und Quantität noch mal stärken, aber vor allem Studienabbrüche verhindern und eine gute Begleitung sicherstellen, um das Praxissemester gut umzusetzen. Das sind alles Ziele, die wir uns jetzt auf den Zettel nehmen müssen, und für die der Runde Tisch zumindest in der mittelfristigen Perspektive ein guter Ort sein kann, den Startpunkt zu geben.

Thema Staatsvertrag: Wir brauchen einen Staatsvertrag, und wir bitten die Bildungsverwaltung, mit einzubringen, dass deutschlandweit in allen Bundesländern bedarfsdeckend ausgebildet werden muss. Es kann ja nicht sein, dass wir uns gegenseitig die Lehrkräfte abjagen, sondern wir müssen bedarfsdeckend ausbilden. Es ist ein wichtiges Ziel, dass wir uns da heranzumachen und nicht davor zurückschrecken.

Zum Schluss möchte ich gern noch zwei Worte zur Lehrkräftebedarfsprognose sagen. Das steht auf der Tagesordnung unter 2 d. Ich muss mich ein bisschen daran anschließen, was Frau Günther-Wünsch eingebracht hat. Es erschließt sich nicht, warum plötzlich der Schülerinnen- bzw. Schülerzuwachs von 13 Prozent auf 8 Prozent absinkt, wenn Herr Klemm und andere in der Anhörung deutlich gesagt haben, dass er auf 15 Prozent steigt. Wir brauchen da die Bevölkerungsprognose. Da ist SenSBW in der Verantwortung, diese Bevölkerungsprognose zu liefern. Wir wollen natürlich, dass im Herbst die aktuelle Bevölkerungsprognose vorliegt und in die neue Lehrkräftebedarfsprognose einfließt.

Dann das Thema Ukraine: Frau Senatorin, Sie haben vorhin ausgeführt, dass wir 10 000 Schülerinnen und Schüler haben, die registriert, aber noch nicht in die Lehrkräftebedarfsprognose eingeflossen sind. Auch hier braucht es im Herbst eine Nachsteuerung.

Dann haben wir natürlich noch die pädagogischen Verbesserungen, die wir als Koalition beschlossen und im Koalitionsvertrag stehen haben, wo wir auch sagen: Inklusion und da weitere Schritte zu gehen sind wichtig. Das muss natürlich auch in die Lehrkräftebedarfsprognose

einfließen. Auch Herr Rackles hat deutlich gemacht, dass wir hier die Qualitätsverbesserung brauchen.

All das wünschen wir uns vom Senat ganz dringend im Herbst zum 1. November, wenn die Lehrkräftebedarfsprognose neu berechnet wird. Das ist die Grundlage für die Eckpunkte, die wir in den Hochschulvertragsverhandlungen mit den Hochschulen für unsere Lehrkräfte festsetzen. Es ist ein dringender Wunsch, es als Zwischenstand zu betrachten und hier nachzusteuern. Wir warten auf den November und können dann in die Vollen gehen. Das müssen wir auch. Unsere Schulleitungen haben ja heute ausgeführt, wie dringend der Bedarf ist. Wir wollen nicht, dass Einbußen bei der Qualität gemacht werden müssen, sondern wir müssen die Weichen für die Zukunft stellen. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank, Frau Brychcy! Ich spreche ja schon schnell, aber ich glaube, Sie toppen mich noch ganz schön. Ich würde vorschlagen, wir machen jetzt eine kurze Pause, um zur ersten Beantwortungsrunde zu kommen. Wir haben danach noch vier Rednerinnen und Redner, sodass wir dann eine zweite Runde anschließen. Dann übergebe ich erst mal an Herrn Witzke. – Bitte!

Stephan Witzke (Berliner Grundschulleiterverband): Ich versuche es mal. Sehen Sie es mir nach, wenn ich nicht alles sofort beantworte. – Ich komme zu Herrn Hopp und dem Vorschlag, so wie ich es mir notiert habe, dass die Schulen ein Stundenkontingent bekommen, wir ein Wochenstundenkontingent besprechen. Das kann man für die Grundschulen durchaus denken. Schon seit Jahren ist es üblich, dass wir gerade in den Anfangsunterrichtsklassen 1 und 2 nicht von Fächern, sondern von vorfachlichem Unterricht reden. Ich weiß auch genau, dass meine Lehrkräfte da nichts weglassen, oder ich weiß nicht, was da die Sorge sein könnte. Die Schüler lernen Lesen, Schreiben und Rechnen. Es hilft uns natürlich, wenn ich sage: Die 1. Klasse hat 21 Wochenstunden, oder in Zeitstunden gerechnet 16 Zeitstunden. Damit können wir als Schule etwas anfangen. Wenn wir an der Stelle sagen: Wir haben aber nicht 100 Prozent, sondern nur 95 Prozent, kann ich natürlich einfacher gucken: Klasse 1 muss ich eine Zeitstunde wegnehmen, Klasse 2 eine halbe usw. usf. Wir haben das also im Blick. Auch wenn es in den Klassen 5 und 6 dann mehr in die Ausdifferenzierung der Wochenstundentafel geht, können damit etwas anfangen, wenn es heißt: Wir haben ein Wochenstundenkontingent. Denn wir sind nicht unterwegs und sagen: Jedes Fach einzeln betrachten, sondern wir haben ein fächerverbindendes Denken. Der Rahmenlehrplan spricht von Kompetenzen, und die erwerbe ich ja nicht nur in einer Geschichte, sondern meist im Zusammenhang, in teamorientierten Aufgaben. Insofern sehen wir als Grundschule das als möglich an.

Herr Fresdorf! Sie haben danach gefragt, so habe ich es zumindest aufgeschrieben, was uns helfen würde. Es wiederholt sich, was ich gerade schon sagte: Es helfen uns ein großer Rahmen und Eigenverantwortung. Ich weiß, dass die Senatsverwaltung am Ende des Tages fragen muss: Wie kann ich das steuern? Wie viel muss ich in die Schule hineingeben? – Aber noch mal: Wenn Sie eine 1. Klasse haben, die Sie mit 20, 21 Wochenstunden versorgen, reicht das. Punkt. Mehr brauchen wir nicht, denn in dieser Krise hilft es uns nicht, wenn wir – – Je kleiner und je kleinkariierter, so nenne ich es jetzt mal, wir mit Verwaltungsvorschriften um die Ecke kommen – – Das hilft uns an keiner einzigen Stelle.

Teilzeit – warum Teilzeit? – Meine Kolleginnen und Kollegen, meistens sind es die Mütter, ich habe selbst Kinder und weiß, dass man – – Ich möchte meinen Frauen und auch Männern

nicht noch sagen: Du musst hier aber 28 Stunden schrubben – an der Grundschule sind es ja 28, am Förderzentrum 27, das ist immer der Grund, warum jemand in Teilzeit geht. Oder es gibt Kollegen, die gesundheitlich angeschlagen sind. Das muss auch weiterhin möglich sein. Ich habe nicht den Eindruck, dass Kollegen bei uns auf der faulen Haut liegen und sagen: Ich gönne mir das mal. – Klar, es gibt auch junge Kollegen, die sich erst mal überfordert fühlen, die haben noch nie Klassenleitung gemacht und müssen auf einmal mit Eltern kommunizieren, wie sie es nicht gelernt haben, mit Geschichten klarkommen, wie: Da sind ständig Streits, die ich klären muss, für alle ansprechbar sein und sehr viel Verwaltungskram machen. Das überfordert die Kollegen. Das sind aus meiner Sicht Gründe, weshalb jemand sagt: Ich kann es nicht. Ich bin fix und fertig – und darum bittet, dass er oder sie in Teilzeit gehen kann.

Ich möchte an der Stelle noch mal ganz klar dafür plädieren, dass wir als Schule, Grundschule nicht erst ab 700 eine ganze Verwaltungsleitung bekommen, sondern die auch vorher bekommen dürfen, denn Verwaltung ist an Schulen enorm. Wir sind eine Verwaltung, aber ich habe das Gefühl, man hat vergessen, uns Verwaltungsmitarbeiter zu geben. Verwaltung heißt: Der Schulleiter, die Konrektorin und die Verwaltungsleitung, wenn man eine hat, machen Verwaltung, und dann war es das. Sie könnten uns sehr damit unterstützen, dass jede Schule eine Verwaltungsleitung bekommt, die vor Ort ist. Bisher ist das Modell, dass sich kleine Schulen die teilen. Auch das sind meistens Mütter, die an zwei Schulen dann herumhopsen, sich in zwei Systeme einarbeiten müssen. Das funktioniert aus meiner Sicht selten bis gar nicht.

Dann habe ich jetzt Herrn Weiß: Ist die Studentafel sicher? – Ich habe vorhin schon gesagt, aus unserer Sicht ist sie nicht sicher. Sie können Sie so nicht abdecken. Ich muss kürzen. – Die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit ging an Herrn Zimmerschied. – Teilzeit. Ich begrüße das sehr, dass zurzeit die Quereinsteiger nicht weniger als 13 Stunden an den Schulen machen, 17 Stunden ist das Maximum. Ich kann mir vorstellen, dass man an der Stelle bei den Teilzeitkräften sagt, dass eine halbe Stelle das Minimum ist. Es gibt immer individuelle Lösungen, ich habe es auch erlebt, dass wir diese individuellen Lösungen durchbekommen, aber in der Menge – wenn man sagt: Ihr macht statt einer halben Stelle eine Stunde mehr – ist das auf jeden Fall eine Überlegung wert.

Frau Brychcy! Sie hatten ganz viele Dinge. Ich hoffe, ich bekomme es halbwegs hin. Sie fragten u. a. nach Kooperationen mit anderen Schulen. – Ja, aber das wird nicht funktionieren. Im Grundschulbereich haben wir meist das Klassen-Lehrer-Prinzip. Das Fach-Lehrer-Prinzip haben wir schon vor Ewigkeiten aufgehoben. Es ist auch in den ersten Jahren unheimlich wichtig, dass die Kinder in den Klassen 1 bis 4 nicht fünf verschiedene Lehrkräfte haben. Wenn ich dem Kollegen, der Klassenlehrer ist, sage: Geh mal noch in eine zweite Schule! – Das funktioniert nicht, Kooperationen mit der Jugendkunstschule, Honorarnehmern oder Sportvereinen: auf jeden Fall. Es wäre schön, wenn man mit Sportvereinen ins Gespräch kommt. Manche sind sehr willig, manche haben noch nicht verstanden, dass sie uns auch am Vormittag unterstützen können. – Schwimmvereine: Wir haben eine sehr strenge Vorschrift, wer von den Lehrkräften schwimmen gehen darf und wer nicht. Ich verstehe, dass das sehr sinnvoll ist, aber wenn eine Schwimmlehrkraft Rettungsschwimmer ist, die vielleicht über 50 Jahre ist, es körperlich nicht mehr schafft, den Rettungsschwimmer ständig nachzuweisen, habe ich zwar die Qualität des Schwimmunterrichts, darf die aber eigentlich nicht an den Beckenrand stellen. Ich brauche hier dringend die Schwimmvereine, die Bademeister, die im Kabuff sitzen und Zeitung lesen, während unsere Klassen dort Schwimmen haben. Das ver-

stehe ich nicht. Das habe ich erst vor gut einem Monat angeschaut. Da tut mir das Herz weh. Was soll ich da machen? – Beim Schwimmunterricht brauche ich keine Note. Da brauche ich am Ende nur die Qualifikation, dass am Ende jemand Seepferdchen oder vielleicht auch Bronze macht. Da brauche ich in dem Sinne keinen klassischen Lehrer, ohne dass ich jetzt gegen Lehrer bin, verstehen Sie mich nicht falsch, aber ich brauche Leute, die tagtäglich vom Schwimmen Ahnung haben. Da muss Tür und Tor geöffnet werden, ansonsten können wir das Schwimmen teilweise nicht anbieten.

Fortbildung extern – intern: Es ist natürlich sehr löblich, dass wir regionale Fortbildungen haben. Wenn ich meine Lehrkräfte frage, ist das nicht immer etwas. Die sind sehr froh, dass wir zu Coronazeiten viel intern gemacht haben. Sie haben recht, digitale Geschichten – – Das können wir nicht alles aus uns heraus leisten. Sie sprachen auch die IT-Administratoren an: Unbedingt! Entweder hat man Glück und einen Schulleiter, der technikaffin ist, dann funktioniert vieles, aber das kann man nicht auch noch zu dem ganzen Verwaltungskram auflasten. Die brauchen wir nicht nur an den Oberstufenzentren, sondern grundsätzlich an den Schulen, wenn wir uns vorwärts bewegen sollen, der Server funktionieren und ich nicht in dem oder dem Raum nach dem WLAN gucken soll. Da gibt es auf jeden Fall eine Entwicklung, aber wir brauchen Menschen, die das fachlich mitbringen, das kann die Schule nicht machen.

Sie sprachen auch von struktureller Umwandlung. Ich bin ein Freund davon und sehe es als sinnvoll an. Je heterogener eine Schülerschaft ist, desto mehr braucht man auch andere Menschen, nicht nur den Lehrer, der Mathe und Deutsch macht. Die Kollegen hindert aber oft, dass sie diese Umwandlung dann für ein Leben lang haben. Das macht die Kollegen unsicher, denn sie wissen ja nicht, ob sie vielleicht in fünf Jahren die Umwandlung nicht mehr brauchen. Ich wünsche mir an dieser Stelle, dass es, wenn wir Lehrerstunden umwandeln, eine Befristung oder Absprache geben kann, wo man sagt: In fünf Jahren brauchen wir vielleicht nicht mehr den fünften Logopäden oder sonst wen, sondern jetzt hätte ich gern wieder einen Fachlehrer für Musik im System. – Im Moment, so heißt es zumindest aus der Verwaltung, ist das nicht möglich. Da habe ich den Kollegen auf ewig dabei. Das hindert auch Kollegen zu sagen: Ich habe zwar Lehrkräftemangel, aber ich stelle trotzdem keine pädagogischen Unterrichtshilfen ein. – Da sind die Kollegen auch unsicher. Das kann ich Ihnen zumindest aus dem Verband zurückmelden. Ansonsten ist die Multiprofessionalität der Teams sehr wichtig, Psychologen sind an den Schulen unheimlich wichtig, Schulsozialarbeit ist wichtig. Aber auch da haben wir Fachkräftemangel. Auch da ist es nicht einfach, Menschen anderer Professionen an die Schulen zu bekommen.

Schulhelfer: Es kann sicherlich helfen, wenn wir mehr Schulhelferstunden bekommen. Im Moment, so erfahre ich es live, bekomme ich Schulhelfer, wenn ich einen Schüler wickeln muss. – Toll! Ich habe aber mindestens 10 Autisten und 20 Kinder mit emotional-sozialen Geschichten, auch die brauchen eine Eins-zu-eins-Situation. Die werden ziemlich gedeckelt, weil auch da der Mangel verwaltet werden muss. Was habe ich aber davon, wenn ich den 27. Schüler mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung bei mir habe, der den Rahmen sprengt? – Da brauche ich jemanden, der neben ihm sitzt, auch wenn er nicht gewickelt werden muss. Da müsste man auch gucken, dass die Schulen und die Förderzentren, für die ich ja auch spreche, wirklich Menschen bekommen, die nicht auf das Pflegen und Begleiten dieser Geschichten reduziert werden, sondern die wirklich an den Schulen flexibel eingesetzt werden dürfen.

Ausbildungsqualität: Ich kann nur dafür plädieren, dass wir da mit den Unis in das Gespräch gehen. Ich erlebe die Ausbildung der Grundschullehrer, der Quereinsteiger ganz klar als wenig zielführend. Wenn die Lehrer bei mir in der Schule anfangen, wissen sie oft nicht, wie sie mit einer Lese-Rechtschreib-Schwäche oder einer Rechenstörung umgehen, wie sie vor einer Klasse stehen usw. usf. Ich weiß, dass eine gewisse Theorie auch mal eine Praxisferne haben darf – alles gut –, aber ich verstehe es nicht, dass man den Menschen fünf Jahre lang ein Studium angedeihen lässt, und am Ende muss ich noch mal fünf Jahre investieren, bis ich sie dann sicher in die Klasse lassen kann. Das verstehe ich nicht. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Zimmerschied, bitte!

Sven Zimmerschied (BISSS): Ich halte auch die Reihenfolge ein. – Herr Hopp! Sie hatten zu diesem Stundentafelkontingent, mehr Poolstunden Fragen gestellt. – Ich bin grundsätzlich immer für ganz viele Poolstunden und ein Wegkommen von diesem Fächerdenken und so. Das hat aber wenig mit unserem Fachkräfteproblem, sondern eher mit dem Verständnis von moderner Pädagogik, oder wie wir Schule machen sollten, zu tun. Andere Schulleitungen würden Ihnen jetzt bestimmt etwas ganz anderes sagen, denn Lehrer erlernen nun mal Fächer und denken in ihren Fächern. An den Sekundarschulen kommen wir davon weg, an den Gymnasien oft leider noch nicht. Bei mehr Poolstunden muss ja woanders etwas weg. Wir können ja nicht insgesamt noch mehr Stunden haben, dann vergrößern wir ja unser Lehrkräfteproblem. Ich weiß nicht, ob man die Diskussion zurzeit führen sollte. Das bringt noch mehr Unruhe hinein. Aber vielleicht gibt es da eine geschickte Lösung, dass es für Schulen ein Optionsmodell oder so etwas gibt. Das könnte ich mir durchaus vorstellen. Ich wäre grundsätzlich dafür, wenn die Schulen sagen können: Ihr nehmt die Stundentafel, oder ihr benutzt hier so etwas.

Dann zu Herrn Fresdorf. Sie hatten gesagt: Schritte zur Legalisierung, worüber wir mit diesem Abweichen von der Stundentafel gesprochen haben. – Ich glaube, Herr Duveneck ist da der Experte. Vielleicht kann man in einer Verordnung einen Passus haben, dass es an einer Schule, natürlich nur für einen begrenzten Zeitraum, erlaubt ist, da irgendwie abzuweichen. Ich glaube, das braucht auch viel Offenheit der Schulaufsichten. Das ist leider sehr unterschiedlich. Mir erzählen Kolleginnen und Kollegen von tollen Schulaufsichten, die einen Superjob machen und dass es da offen ist und Schulleitungen das klar kommunizieren und besprechen können, andere halt weniger. Als Schulleitung muss ich das ja auch in die Schulgemeinschaft klar kommunizieren. Ich glaube, es entstehen erst die Probleme, wenn Eltern nicht verstanden haben, warum das jetzt so sein muss. Die lesen ja auch alle Zeitung und wissen, wie akut das Lehrkräfteproblem ist. Ich glaube, wenn man ihnen die vernünftige Lösung darstellt, geht das.

Die Gründe für Teilzeit: Es ist ein bisschen schwierig, als Schulleiter würde ich natürlich sagen: Weg mit der Teilzeit! – Aber als Kollege weiß ich natürlich, die Kollegen haben Gründe, oft ist es natürlich die Kinderbetreuung. Das ist so. Selten, kommt aber auch vor, ist es die Betreuung von anderen Angehörigen, das habe ich auch bei mir an der Schule. Meistens ist es das: Ich muss reduzieren, sonst schaffe ich diesen Job nicht. – Ich habe mir das bei mir an der Schule gerade angeguckt: Die Teilzeitquote ist bei mir an der Schule bei korrekturintensiven Fächern, also Deutsch, Politikwissenschaft, gerade in der Oberstufe, wo es dann sehr korrekturintensiv wird, höher. Die gehen eher auf Teilzeit. Das können auch Nebeneffekte sein, dass da mehr weibliches Personal ist, wo dann wieder die Kinderbetreuung reinspielt. Das ist im-

mer noch sehr klischeehaft. Ich habe selten männliche Kollegen, die die Kinderbetreuung übernehmen und die Frau weiter arbeiten geht. Die haben den Grund zu sagen: Ich will den Job, und wenn ich 36 Stunden mache, kann ich den Job nicht ordentlich machen. – Das ist die Wahrnehmung, die man hat. Wir müssen daran arbeiten, dass man auch mit mehr Stunden den Job ordentlich machen kann. Es gibt es natürlich auch, dass ein jüngerer Kollege, bislang als Angestellter, der mit 5 000, 6 000 Euro brutto anfängt, sagt: Soviel Geld brauche ich nicht. Da habe ich lieber ein bisschen mehr Work-Life-Balance. – Das ist sozusagen der Fluch: Wir brauchen dieses viele Geld, dass die Leute überhaupt anfangen, und auf der anderen Seite sagen dann einzelne: Soviel brauche ich für einen Start gar nicht.

Zu Herrn Weiß: Sie hatten etwas zum Gymnasium, Lehrermangel gesagt. Ich bin nicht der Experte für das Gymnasium, sondern eher für Sekundarschulen. Ich würde aber grundsätzlich denken, dass der Lehrermangel an den Gymnasien tendenziell geringer als an den anderen Schulformen ist, dass sich dieses Problem da vielleicht gar nicht so stellt. Ich habe keine Zahlen irgendwo dazu gesehen. – Sie hatten auch etwas mit Doppelsteckung gesagt – gerecht oder ungerecht, mal bekommt man die, mal nicht. Bei mir an der Schule gibt es keine Doppelsteckung, außer mal im Bereich Inklusionspädagogik, wenn da Sonderpädagogen mit reingehen. Ich weiß nicht, welche Schulen sich ständig Doppelsteckung leisten könnten. Das ist natürlich auch immer eine pädagogische Entscheidung, also: Wo ist es am nötigsten? Wo gibt es mehr Probleme? – Dann ist es die Klasse, die Lerngruppe, die es am nötigsten hat. Dahinter steckt ganz simpel eine pädagogische Entscheidung und weniger eine Frage der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit. – Zur Teilzeit habe ich ja schon etwas gesagt.

Frau Brychcy! Sie hatten zu Kooperationen zwischen Schulen in Bezug auf Lehrkräfte gefragt. – Ich finde das auch schwierig. Herr Witzke hat es auch gesagt. Bei uns ist es im Prinzip auch so, dass eine Lehrkraft möglichst viel in einer Klasse unterrichtet, aber natürlich nicht so viel wie an einer Grundschule, weil es ja doch fachbezogener ist. Wir haben diese Erfahrung gemacht: Kann nicht unsere Schule mal an anderen Europaschulen oder an der Grundschule und so aushelfen? – Das ist bei den Kolleginnen und Kollegen sehr unbeliebt. Damit könnten wir einige auch verprellen. Dann machen die so etwas Komisches, dann reduzieren sie die Stunden, damit sie nicht dahin gehen müssen. Damit gewinnen wir am Ende nicht wirklich etwas. Das kann mal in einem besonderen Fall sein. Wir hatten mal einen Sportlehrer, und eine andere Schule hatte einen besonderen Sportkurs, den er gern unterrichten wollte, dann ist er dahin gegangen und hat da den Unterricht gemacht.

Bei Bewerberinnen und Bewerbern könnten Schulen deutlich stärker kooperieren könnten. Das klassische Beispiel: Gefühlt bewirbt sich jeder Spanischlehrer bzw. jede Spanischlehrerin bei mir an der Schule. Das ist attraktiv, alle sprechen Spanisch usw. Ich brauche die aber überhaupt nicht, weil ich für den Spanischunterricht bloß Muttersprachler bzw. auf muttersprachlichem Niveau einstelle. So eine Bewerbung reiche ich dann an andere Schulen weiter. Bei mir hat zum Ende des letzten Schuljahrs eine Sonderpädagogin ihre ... [unverständlich] beendet. Ich brauchte sie aber nicht, das ist ein komischer Satz, da kann man sehr froh sein, weil wir acht Sonderpädagoginnen und -pädagogen haben. Wir haben sie dann an die Nachbarschule vermittelt. Sie ist da auch gut angekommen, es läuft alles läuft. Wenn Schulen da stärker kooperieren, entsteht eine stärkere Willkommenskultur: Nee, leider geht das bei mir so nicht, aber ich hätte da eine interessante Schule, gucken Sie mal! – Da sind wir alle aufgefordert, noch mehr den Leuten den Teppich auszurollen. Dann funktioniert vielleicht auch so ein

Umlenken besser als über eine pauschale Stunden- oder Stellenreduzierung für alle Berliner Schulen auf 97 Prozent.

Fortbildungen: Das ist vielleicht ein bisschen unterschiedlich. An sehr großen Schulen wie meiner, wir sind ja in Berlin eine der fünf größten allgemeinbildenden Schulen, machen wir das immer schulintern.

Das lohnt sich auch. Ich hatte gerade letzte Woche dreitägig 20 Kollegen in der Lions-Quest-Fortbildung. Die machen und organisieren wir in der Schule. Da ist dann eher, dass wir mal bewusst sagen: Wir wollen mal rausgehen, damit wir mal nicht in der Schule sind, aber dann fragen wir die Nachbarschule: Können wir die Fortbildung bei euch machen? – Deswegen denke ich, die Masse kann man schon intern machen. Es gibt natürlich auch sinnvolle regionale Fortbildungen, zum Beispiel die Regionalkonferenzen der Fachbereichsleiter und Fachleiter. Da ist es schon sehr gut, dass sich Schulen untereinander austauschen und abgleichen, gerade auch über ihre Fächer. Aber es gibt auch Sachen, ich kenne die Zahlen nicht, wo der Andrang bei den organisierten Fortbildungen bestimmt nicht sehr groß ist. Es ist auch klar, wenn es durch die Senatsverwaltung sozusagen zentral gemacht wird, führt es auch immer zu sehr viel Verwaltungstätigkeit. Wir machen das an den Schulen nebenbei. Dadurch verschwinden natürlich Stunden in Verwaltungstätigkeiten und nicht wirklich in Fortbildungen.

Zur externen Unterstützung kann ich nur unterstützen, was Herr Witzke gesagt hat: Wir brauchen unbedingt mehr Verwaltungspersonal. Wir haben eine Verwaltungsleitung, aber ich habe auch 1 400 Personen jeden Tag im Haus. Für 1 400 Personen gibt es einen Admin, der einmal einen Tag in der Woche kommt. Als Unternehmen würden Sie sagen: Was ist denn das? – Einer kommt einen Tag in der Woche, um den Internet- oder den ständigen WLAN-Zugang für 1 400 Personen zu sicherzustellen, die ganze Technik zu warten usw. Wenn Sie darüber nachdenken, ist das lächerlich. Ich gebe eine ganze Lehrerstelle drauf, damit Lehrer dann noch Stunden bekommen, dass sie sich auch darum kümmern. Hätte ich einen richtigen, festen IT-Menschen, bräuchte ich das vielleicht nicht zu tun.

Dann wollte ich noch ergänzen – ich glaube, da waren sich alle Schulleiterverbände einig –: Was wir im Augenblick durch Corona und durch den Krieg in Europa unbedingt brauchen, sind Schulpsychologen in den Schulen, wirklich in den Schulen, nicht irgendwo im SIBUZ, das ist eine Hemmschwelle. Schüler sind scheue Wesen, die nicht so gern zu Menschen gehen, die sie nicht kennen – manche schon, andere nicht. Die brauchen Ansprechpartner in den Schulen. Wenn Schulpsychologen im SIBUZ sitzen, ist das sinnfrei. Dann gehen die da bloß einmal hin. Da muss man sich anmelden und hinfahren. Das ist für Schüler in schwierigen Situationen schon eine Hürde. Ich habe jetzt eine Motivationstrainerin im Haus, die haben wir über „Stark trotz Corona“ angestellt, die macht jetzt gerade die Therapiearbeit mit denen, und das geht erst über Beziehungsarbeit. Deswegen brauchen wir solche Menschen in den Schulen und nicht in irgendwelchen Einrichtungen, die irgendwo nett im Grünen sind, aber keiner findet.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Zimmerschied! – Dann jetzt an den Senat. Manchmal geht es schneller, als man denkt. – Frau Senatorin!

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Danke, Frau Vorsitzende! – Und danke auch für Ihre Ausführungen aus der Praxis! Ich habe natürlich ein paar Mal genickt, Schule ist eben sehr vielseitig und individuell. – Ich fange mal mit den Admins an. Es ist klar, deswegen waren ja drei Punkte in unserem 100-Tage-Programm, weil ich gesagt habe, es ist schrecklich mit dem einen, der einmal kommt – – Ich denke, die Qualifizierung der affinen Kolleginnen und Kollegen – ein oder zwei, je nach der Größe der Schule –, die dann die Ansprechpartnerinnen bzw. -partner für das Kollegium sind und Ahnung haben, und man muss nirgendwo hin, die sind immer vor Ort, ist schon mal ein wichtiger Schritt. Ich bin da nach dem Vorbild

der Sprachbildungskordinatoren vorgegangen. Die waren nach der Weiterbildung hochqualifiziert. Ich denke, so wird das dann auch sein.

Zu den Headhuntern: Nein, wir planen nicht, Headhunter zur Lehrkräftegewinnung einzusetzen. Ich kann mir das schwer vorstellen. Das steht überhaupt nicht auf der Agenda, sondern ein anderer bunter Strauß.

Noch mal zu den Lehrkräften: Nächste Woche tagt hier die KMK, da ist Bildung und Wissenschaft und da werden wir mit der ständigen wissenschaftlichen Kommission tagen. Da geht es ganz explizit nur um die Lehrkräftegewinnung. Das Präsidium hat schon der Kommission einen umfangreichen Fragekatalog vorgelegt. Noch mal: Allen Ministerinnen und Ministern im Land ist es klar, wie es aussieht: Im Land fehlen insgesamt ca. 35 000 Lehrkräfte. Aber, ich wiederhole es immer wieder, es ist auch ein Problem der Bevölkerungszahlen, wie unterschiedlich die Kohorten sind. Wir sind da in vielen tiefen Tälern, wo mal 300 000 Kinder weniger geboren wurden als in starken Kohorten. Das kommt noch hinzu. Jetzt übergebe ich an Herrn Slotty.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Ich muss erst mal ganz kurz auf das eingehen, was mein Kollege Herr Zimmerschied eingangs sagte: Menschen tun nicht das, was sich eine Verwaltung wünscht. – Klar, das würde den Alltag an der einen oder anderen Stelle etwas einfacher machen. Aber wir haben einerseits natürlich nicht diesen Anspruch, andererseits ist es aber auch die Aufgabe der Verwaltung, eine Steuerung des Systems, für das sie zuständig ist, genau vorzunehmen. Klar, da kommt nicht immer alles gut an, und sicher ist auch nicht immer alles richtig, aber umgekehrt ist auch nicht alles falsch. Ich möchte noch mal die Zahlen in Erinnerung rufen: Wir reden – über alle Schulformen in Berlin hinweg – über 450 000 Schülerinnen und Schüler – das ist fast ein Siebtel der Berliner Bevölkerung – und über rund 32 000 bedienstete Lehrkräfte. Das ist ein System, das man nicht ungesteuert lassen kann. Berlin ist eine Stadt, die schon die letzten 15 Jahre einer Zuzugsbewegung ausgesetzt war, die im Jahr teilweise dazu geführt hat, dass netto 80 000 Menschen zugezogen sind, proportional entsprechend natürlich auch Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter. Mir fällt keine andere deutsche Stadt ein, die derartige Herausforderungen hat. Das gilt auch für die Bewältigung der Ukraine Krise. Ich hatte vergangene Woche die Möglichkeit, mit einem Kollegen aus Paris zu sprechen. In den Pariser Schulen sind immerhin 300 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter angekommen. Berlin kommt eine besondere Drehkreuzfunktion zu. Das macht sich natürlich auch im Schulsystem bemerkbar.

Die Eigenständigkeit der Schule: Wir werden heute auch noch mal über die VV Zumessung sprechen, die wird an der Stelle in keiner Weise angetastet. Ich glaube nur, wenn wir uns die Herausforderungen ansehen, dann werden wir in den nächsten Wochen und Monaten das Thema etwas größer denken und auch Fragen beantworten müssen, wie: Was ist schulorganisatorisch möglich? Kann man den Unterricht in Teilen auch in den Nachmittag legen und gleichzeitig die Qualität hochhalten? Das sind alles große Fragestellungen. Da kann ich nur ein Stück weit um Verständnis werben, dass sie sich nicht innerhalb von kürzester Zeit beantworten lassen, zumal es auch einige gemeinsame Standards gibt, die in der Kultusministerkonferenz Konsens sind. Was passiert, wenn sich ein einzelnes Bundesland oder einzelne Bundesländer von Standards oder Verabredungen verabschieden? – Das haben wir in der Vergangenheit schon gesehen, dann bricht das völlige Chaos aus. Ich glaube, der Rückzug aus der Verbeamtung vor 17, 18 Jahren ist dafür schon ein gutes Beispiel.

Herr Weiß hatte eine ganze Menge Fragen zu Zahlen gestellt. Mein Kollege, Herr Gabbei, wird gleich im Anschluss an mich auf die Fragen nach der Abordnung antworten. Bei allen anderen Fragen kann ich Ihnen nur einen Bericht anbieten, denn das war jetzt etwas zu umfangreich. Ich glaube, mit Blick auf die Zeit und den Umfang ist es ganz gut, wenn das alle schwarz auf weiß bekommen.

Zu der Frage nach der Anzahl der Lehramtsanwärterinnen und Anwärter in diesem Jahr kann ich Ihnen tatsächlich die konkrete Zahl liefern: 1 192 Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter erwarten wir in diesem Jahr, davon 620 grundständig und die übrigen Quereinsteiger.

Dann wurde noch nach dem Nachteilsausgleich gefragt. Wir sprechen eher von der „Kompensation“. Wie Sie wissen, hat die Koalition im Koalitionsvertrag dazu einige Dinge niedergeschrieben. Es wurden da, sage ich mal, fast alle Fragen geprüft und beantwortet. Beispielsweise zu der Frage nach der Anhebung der Regelaltersgrenze auf das 52. Lebensjahr sind wir aber noch in der Abstimmung. Bezüglich der Kompensation ist es so, dass die Senatsverwaltung für Finanzen in einem sehr engen Austausch mit der Tarifgemeinschaft der Länder war. Aktuell warten wir noch auf die schriftliche Bestätigung dessen, was da möglich ist. Das heißt, der Termin Ende Mai war einfach nicht zu halten, weil wir da von Dritten abhängig waren. Ich bin trotzdem froh, dass sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL – der Frage angenommen hat. Wir hätten gern noch etwas verlautbart, aber ich glaube, wir sind alle gut beraten, wenn wir zu dem ganzen Themenkomplex Verbeamtung mit irgendwas an die Öffentlichkeit gehen, dass wir das Paket vollständig haben, dass wir auch alle genau wissen, was die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen konkret angeboten bekommen. Von diesem Punkt leiten sich wieder mannigfaltige Fragen ab, die wir dann auch wieder in Beratungsprozessen beantworten müssen. Ich glaube, das müssen wir gut vorbereiten. Das, was der Senat im Rahmen des 100-Tage-Programms als Zeit- und Maßnahmenplan entwickelt hat, nämlich mit einem Beschluss im Parlament eines Artikelgesetzes am Jahresende bzw. Jahresanfang, sehen wir aktuell erst einmal nicht als gefährdet an.

Zur KMK hatte die Senatorin ja schon ausgeführt. – Zu dem Thema der Prognosen könnte mein Kollege Herr Gabbei gleich etwas sagen. Ich möchte noch anmerken: Wir haben einige Prognosen oder statistische Erhebungen für den Bildungsbereich, die für uns natürlich relevant sind: Die Lehrkräfteprognose – die immer zum 1. November durch unser Haus, durch das Referat von Herrn Gabbei, aufgestellt wird –, im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive das Monitoring – das sehr eng mit den Bezirken abgestimmt wird, dazu werden wir auch zum 30. August dem Hauptausschuss den Bericht, also das ganz aktuelle Monitoring, vorlegen –, dann haben wir die Schutzplatzentwicklungsprognose der Bezirke und die Bevölkerungsentwicklung, die auch gerade noch einmal angesprochen wurde. Ich kann, stellvertretend für die anderen Kolleginnen und Kollegen im Senat, nur um Verständnis werben: Wir kommen aus zwei Jahren Corona. In dieser Zeit war es nicht ganz einfach, belastbare Statistiken zu führen und Zahlen zu erheben. Gott sei Dank hat sich die Lage jetzt ein Stück weit verändert, und die Mühlen mahlen an dieser Stelle. Unsere Aufgabe ist es auch, diese vielen unterschiedlichen Zahlen ein Stück weit übereinanderzulegen und daraus unsere Schlüsse zu ziehen. Insofern will ich dem nicht vorgreifen. Wie gesagt: Das Monitoring am 30. August, und der Senat hat die aktuelle Bevölkerungsentwicklungsprognose für Dezember angekündigt. – Jetzt würde ich bitten, dass Herr Gabbei das Wort bekommt.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Gabbei! Bitte versuchen Sie sich zu „entstummen“ und Ihren Lautsprecher auszumachen.

Bernd Gabbei (SenBJF) [zugeschaltet]: Schönen guten Tag! Ich versuche mal, die Fragen zu beantworten. Ich habe jetzt mein Video ausgemacht, das ist keine Missbilligung, sondern ich glaube, die Übertragung ist dann etwas besser. – Zu der ersten Frage „Dienst an anderem Ort“, so heißt es ja bei uns, also Abordnungen aus der Schule heraus in andere Aufgabengebiete: In diesem Jahr haben wir 79,3 Vollzeiteinheiten. Das war, glaube ich, die eine Frage. Und die andere Frage, dazu hat Herr Slotty eben schon eingeleitet und noch einmal betont, dass wir eine wachsende Stadt sind, und diese wachsende Stadt in unserem Bericht auch absehbar ist. Wir erlangen allein im Bereich der Grundschule bis zum Jahr 2025/26 einen Aufwuchs von 10 000 Schülern, der sich im jetzigen Hauptausschussbericht abbildet. Aber, und das ist korrekt, wir haben diesen Aufwuchs gegenüber der letzten Modellrechnung gedämpft. Warum haben wir das getan? – Wir gleichen jährlich die Bevölkerungsprognose, die bei uns unmittelbar bei der Betrachtung der Erstklässler eingeht, mit den realen Zahlen, die sich in der Stadt abspielen, ab. Wir haben dazu mehrere Absprachen und validierte Analysen mit der Stadtentwicklungsverwaltung und mit dem AfS, dem Amt für Statistik, gemacht. Wir sehen, dass die Nulljährigen nicht eins zu eins durchwachsen und in Berlin Fünfjährige werden, sondern die Quoten der Nulljährigen, bis sie dann Eins-, Zwei-, Drei-, Vier-, Fünfjährige sind, sind in den Bezirken sehr unterschiedlich. Das kann man auch grafisch sehr gut zeigen. Die sind immer unter 100 Prozent. Das heißt, wir haben verstärkte Wegzüge aus der Stadt von jungen Familien. Das ist auch mehrfach in der Presse gewesen, und haben Sie sicherlich alle gelesen. Das ist auch der Grund, warum der Senat eine neue Bevölkerungsprognose beauftragt hat. Das ist ja sonst nicht üblich, ein so gewaltiges Instrument wie die Bevölkerungsprognose in so kurzen Zeiträumen noch einmal neu anzuwerfen. Und genau diese Beobachtungen führen bei uns dazu, dass die Erwartungshaltung für die Schüler nicht mehr so hoch ist; aber sie ist nach wie vor hoch, weil wir eine wachsende Stadt sind. Man darf nicht verwechseln: Wir wachsen weiter, nur nicht mehr ganz so hoch, wie wir noch vor zwei Jahren gedacht haben. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Gabbei! – Wir stellen fest: 79,3 Vollzeiteinheiten sind in die Verwaltung des Landes Berlin abgeordnet. Allein in unserem Ausschuss sind, glaube ich, fünf Lehrkräfte. Das ist vielleicht ein Schnitt, der ähnlich ist. – Herr Slotty, bitte sehr!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Entschuldigung, dass ich noch mal um das Wort bitte. Ich will nur noch mal für die 79-Komma-Stellen um Verständnis bitten. Es ist für einen ministeriellen Bereich extrem wichtig, an einigen Stellen auch Schulpraktikerinnen und Schulpraktiker sitzen zu haben, die die Verwaltung bei den alltäglichen Fragen unterstützen. Es war mir wichtig, das an der Stelle noch mal hervorzuheben.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! Ich glaube, es tut gut, das zu sagen, denn all die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung unterstützen ja auch den Praxischeck der Verwaltungsbedingungen. – Auf der Redeliste habe ich: Herrn Krüger, Frau Dr. Jasper-Winter, Frau Günther-Wünsch und Herrn Meyer. Wer sich jetzt noch nicht gemeldet hat, den bitte ich jetzt, ansonsten würde ich die Redeliste, angesichts der Zeit und dass wir diesen Tagesordnungspunkt vor der Lüftungspause gern beenden würden, schließen. – Das sehe ich nicht. – Dann hat Herr Krüger das Wort, bitte!

Louis Krüger (GRÜNE): Genau. Auch ich freue mich über den Runden Tisch, den es geben soll. Ich glaube, das ist ein guter Ansatz, um verschiedene Menschen zusammenzubringen. Wir haben uns wie alle hier im Raum und, ich bin mir sicher, sehr viele Menschen aus den verschiedensten Professionen in der Stadt Gedanken gemacht. Das sollten wir zusammenholen und gucken, was auf diesem Tisch landen kann, was herunterfliegen muss, aber vielleicht auch, welche Ideen uns am Ende in dieser Krise, in der wir stecken, weiterbringen können. Für uns ist klar: Wir stehen zu den Förderstunden, da darf nicht gekürzt werden, denn das ist die Unterstützung, die insbesondere den Schülerinnen und Schülern zugutekommt, die sie am meisten benötigen. Gerade jetzt nach der Coronapandemie wäre es ein falsches Signal, da ranzugehen. Wenn etwas fehlt, dann muss es natürlich irgendwo ausfallen, irgendwo wird etwas fehlen. Diese 920 VZE hätten ja eigentlich eine Aufgabe erfüllt, die jetzt nicht erfüllt werden kann. Da müssen wir jetzt auch nach kreativen Lösungen suchen. Da ist natürlich die eigenverantwortliche Schule gut und wichtig. Das bedeutet aber eben nicht, dass Schule alles alleine, ohne Unterstützung regeln muss, sondern sie muss einen Rahmen und entsprechende Unterstützung bekommen, um die Eigenverantwortlichkeit auch ausüben zu können.

Das Spannende ist, das wollte ich noch mitgeben: Lernen findet ja nicht nur da statt, wo eine Lehrkraft ist. Lernen ist etwas, was an vielfältigen Orten mit vielfältigen Personen stattfinden kann, deswegen müssen wir überlegen, wie Lernen in anderen Formen und mit anderen Menschen stattfinden kann. Dazu werde ich gleich ein paar Fragen stellen. Zuerst an den Senat: Es wurde schon an verschiedenen Stellen eine Art Information oder Passus in der Rechtsverordnung gefordert, um den Schulen Sicherheit zu geben, mit der Stundentafel flexibler umzugehen. Ist so etwas in Planung? Wird es diese Art der Information geben?

Es wurde gesagt: 920 VZE fehlen, aber in Steglitz-Zehlendorf und Neukölln würde alles irgendwie ganz gut aussehen. – Fehlen dann doch weniger als diese 920? Fehlen die verstärkt in anderen Bezirken? Herr Witzke hat gesagt: Er kann schon absehen, dass er die Stellen nicht besetzt bekommt. – Ich kenne noch andere Schulen. Ich bin jetzt ein bisschen verwirrt, wie die Lage ist und wie viele uns jetzt wirklich fehlen.

Ich freue mich darüber, dass Herr Witzke von sich aus angesprochen hat, dass gerade in Fächern wie z. B. Schwimmen Möglichkeiten gefunden werden können, auch mit externen Trägern zusammenzuarbeiten. Das ist sicherlich auch bei anderen Fächern möglich, Sport und Musik, aber vielleicht auch im sachkundlichen Bereich, wo man mit Externen wie Umweltpädagoginnen und -pädagogen, Museen oder, oder, oder – ich glaube, da gibt es viele Möglichkeiten – zusammenarbeiten könnte.

Wenn wir tatsächlich einen solchen Runden Tisch machen würden, wen würden Sie neben den Schulleitungsverbänden dazu noch einladen? Wer wäre da noch interessant?

Ich habe gerade schon über außerschulische Partner gesprochen, welche schulorganisatorischen Herausforderungen ergäben sich daraus? Mir ist klar, dass das nicht mit einem Fingerschnips – und dann ist das alles organisiert und einfach – gemacht ist, aber gebe es die Möglichkeit, für den Teil der Stunden, der zur individuellen Schwerpunktsetzung und nicht zur Rahmenlehrplanabdeckung ist, zu sagen, man macht einen Teil mit einem externe Partner epochal und den anderen Teil der Epoche zur Rahmenlehrplanabdeckung? Sind solche Formate, die schulorganisatorisch funktionieren – und nicht: die Kinder gehen eine Stunde ir-

gendwo anders hin, kommen zurück, und am Ende ist mehr Fahrtaufwand als alles andere –, denkbar?

Sie hatten die Risiken bei der, ich sage jetzt mal, Zwangsversetzung von Lehrkräften angesprochen. Haben Sie Ideen, wie das auch ohne Zwang funktionieren kann? Das geht sicher über die individuelle Ansprache der Lehrkräfte, aber wir haben ja schon das Problem der Steuerung, gleichzeitig bin ich auch davon überzeugt: Wenn wir zwangsversetzen, kann das dazu führen, dass Lehrkräfte sagen: Da melde ich mich jetzt mal krank oder gehe ganz woanders hin. – Das ist am Ende doch ein Risiko und führt eher zum Gegenteil.

Dann wurde Teilzeit insbesondere bei den korrekturintensiven Fächern angesprochen. Könnte man das nicht abmildern, indem man zum Beispiel die Anzahl der Klassenarbeiten in bestimmten Klassenstufen reduziert?

Die Abminderungsstunden für IT-Tätigkeit und dass man vielleicht durch IT-Expertinnen bzw. -Experten-Stunden gewinnen könnte, hatten Sie selbst schon angesprochen. – Dann die Frage: Welche Chancen sehen Sie im selbstgesteuerten Lernen bei Schülerinnen und Schülern? Kann das zum Beispiel auch durch Studierende oder an Oberschulen durch ältere Schülerinnen und Schüler begleitet werden, dass nicht immer, aber vielleicht zu bestimmten Punkten, wo dann noch einmal gemeinsam ins Gespräch gegangen wird, eine Lehrkraft mit dabei sein kann?

Von der Schulaufsicht in Mitte habe ich erfahren, dass es teilweise, ich nenne das mal ein „Austauschprogramm zwischen Oberschulen und Grundschulen“ gibt, wo dann Oberschullehrkräfte in die Grundschule kommen und da in der 5. und 6. Klasse unterrichten, um ein Gefühl dafür zu bekommen, was die Schülerinnen und Schüler eigentlich gemacht haben, bevor sie an die Oberschule kommen. An den Gymnasien werden ja teilweise auch bereits 5. und 6. Klassen unterrichtet. Ist das eine Möglichkeit, auf freiwilliger Basis eine Art der Steuerung zu übernehmen und an die Schulen, die das brauchen, Lehrkräfte auszulagern? – Das waren die Fragen.

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Frau Dr. Jasper-Winter!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich halte es kurz. Erst mal vielen Dank an Herrn Witzke und Herrn Zimmerschied für die Informationen! Ich habe zwei, drei Nachfragen. Einmal an Herrn Witzke: Wir haben das eben schon angesprochen, auch mein Vorredner hat Stellung zu einer ausgeweiteten Kooperation mit Schwimmvereinen, Sportvereinen genommen, Sie sprachen auch die Bereiche Kunst und Musik an. Welche konkreten Rahmenbedingungen müssten sich ändern, damit das durch Sie auch umgesetzt werden kann? Das ist ja Arbeit. Da müssen Partner gefunden werden, da gibt es vielleicht rechtliche Hindernisse, bürokratische Hürden. Was brauchen Sie ganz konkret, damit Ihnen das leichter gemacht wird? Ich könnte mir vorstellen, dass man dadurch auch einen Nutzen für den Ganztagsbetrieb, der ja auch nachmittags ein Bildungsort sein soll, wo wir uns insgesamt politisch eine verstärkte Kooperation wünschen, bekäme. – Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage geht an Herrn Zimmerschied. Sie sagten: Sie betreiben viel Personalgewinnung im Ausland. – Spielt für Sie die schnellere oder bessere Anerkennung von Lehrerinnen

nen und Lehrern aus dem Ausland oder aus anderen Bundesländern eine Rolle, wenn es um die Gewinnung von Fachkräften geht? Oder sagen Sie: Das ist eigentlich kein Problem, wenn es um mehr Fachpersonal geht?

Die zweite Frage, vielleicht an Sie beide, zum Thema Fortbildung: Wir haben jetzt auch noch mal vernommen, dass es für Sie direkt an den Schulen besser und einfacher ist. Gibt es aus Ihrer Sicht Rahmenbedingungen, die sich verbessern müssten, damit man Ihrem Personal schneller und unkomplizierter Fortbildungen anbieten könnte, was dann wiederum Vorteile für den Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern nach sich zieht?

Meine letzte Frage geht an den Senat: Mein Kollege Paul Fresdorf war letzte Woche auf der „didacta“. Wir konnten da keinen eigenen Stand für die explizite Lehrkräftegewinnung des Landes Berlin entdecken – einen riesigen Stand aus Dänemark, einen großen Stand aus Nordrhein-Westfalen, aber keinen eigenen Stand des Landes Berlin. Vielleicht haben wir den einfach nicht entdeckt, vielleicht könnten Sie da noch einmal Licht ins Dunkle bringen.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! – Frau Günther-Wünsch, bitte!

Katharina Günther-Wünsch (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist ja schon ganz viel gefragt und gesagt worden. Ich glaube, was beide Schulleiter und auch Vorsitzende der Interessensverbände deutlich gemacht haben, ist die mangelnde oder nicht gradlinige Kommunikation, woraus an den Schulen viele Unsicherheiten entstehen. Das heißt, was jetzt schon mehrmals angesprochen und gefragt worden ist: Kann es nicht eine Handlungsanweisung, also eine Rahmenvorgabe des Senats geben, welche Optionen zum kommenden Schuljahr überhaupt möglich sind, um gerade auch jungen oder noch unsicheren Schulleitungsteams Handlungssicherheit zu geben und den Spielrahmen vollumfänglich im Sinne der Schüler auszuschöpfen?

Der Runde Tisch, eine der Forderungen des Landesalltagsausschusses, ist schon mehrmals angesprochen worden. Ich möchte gern wissen – wir haben ja alle festgestellt, dass es keine einmalige Sache oder mit dem kommenden Schuljahr behoben ist –, ob man es verstetigen kann, dass man in regelmäßigen Abständen mit Praxis, Verwaltung, Entscheidungsträgern zusammensitzt und die Schulentwicklungsplanung wirklich gemeinsam betreibt.

Zu der Entscheidungsfindung – Fortbildungen: ja, nein, schulintern oder extern in der regionalen Fortbildung? – möchte ich noch einmal ganz klar sagen, dass wir in erster Linie einen Bildung- und Erziehungsauftrag haben, und ich glaube, dass sich gerade die Praktiker darin einig sind, dass die Anwesenheit in den Schulen und vor Ort Vorrang hat. Wir hatten gerade schon, Frau Dr. Jasper-Winter hat es angesprochen, den Einsatz ausländischer Lehrkräfte. Ich war über die große Zahl der registrierten ukrainischen Kinder und Jugendlichen wirklich überrascht. Wir hatten in den vergangenen Sitzungen schon mehrmals gehört, dass sich über 400 ukrainische Lehrkräfte – das ist die letzte Zahl, die ich in Erinnerung habe – proaktiv gemeldet haben. Inwiefern spielen die zum kommenden Schuljahr eine Rolle, wenn wir hören, dass noch 5 000 Schülerinnen und Schüler mit ukrainischer Herkunft in das Schulsystem hineinkommen? Wie weit sind wir da? Wie viele haben sich gemeldet? Wie können wir im Schulsystem mit Einstellung und Unterstützung vorankommen?

Herr Witzke hat es ganz klar gesagt: Die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer sind fünf Jahre an der Uni und brauchen noch einmal drei bis fünf Jahre, bis sie sich allein in ihrem Beruf wohlfühlen. Wird es ein Modellprojekt zur Einbindung von Fachhochschulen bei der Lehrerausbildung geben – wo wir ja auch die Erfahrungen aus Baden-Württemberg und anderen Bundesländern haben –, dass wir schneller und praxisnäher ausbilden und andere Inhalte geben? – In der letzten Sitzung im März zu dem Thema war die Rede davon, dass es mit dem Bereich Wissenschaft eine Steuerungsgruppe zur Lehrkräftebildung geben soll. Existiert dieses Gremium? Wenn ja, wie oft hat es schon getagt?

Die Köller-Kommission hat die Gründung eines Landesinstituts für Lehrerfortbildung empfohlen, das auch im Koalitionsvertrag als zentraler Baustein einer Qualitätsstrategie verankert war. Nun hieß es, dass der Senat von den Plänen wieder abrückt, stimmt das? Wenn ja, was sind die Gründe dafür?

Mit Blick auf eine Bedarfsplanung, die realistisch ist, würde mich interessieren, wann wir wieder Dinge wie qualitätsverbessernde Maßnahmen – Schlagwörter Ganztage, Inklusion, Schulen im herausfordernden Lagen – berücksichtigen.

Zum Schluss habe ich noch eine Frage an den Senat. Wir haben die rote Nummer vorliegen. Mich würde interessieren, welche Zahlen der Senat bei der Modellrechnung zur Entwicklung des Einstellungsbedarf heranzieht – hier ist es konkret Anlage 2 c –, um den Einstellungsbedarf zu ermitteln. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! – Zum Abschluss Herr Meyer, bitte!

Sven Meyer (SPD): Ich mache es ganz kurz: Es wurde alles gefragt, ich habe nichts mehr.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank! – Dann kommen wir nun zur Beantwortung. – Herr Zimmerschied, bitte!

Sven Zimmerschied (BISSS): Ich fange mal mit den Fragen von Herrn Krüger an. Sie hatten konkret gefragt, was für Expertinnen und Experten am Runden Tisch sitzen sollten. Sie hatten ja auch schon ein paar genannt: Schulleitungsverbände, der Landeselternausschuss hat sich hier angeboten, Landesschulbeirat, natürlich sollte man auch den Landesschülerausschuss einladen. Ich sehe auch noch ein paar andere Akteure: Wir haben Schulen, die gut vernetzt sind und arbeiteten viel mit Stiftungen zusammen, also zum Beispiel Vertreter der Deutschen Schulakademie oder auch der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung gewinnen, weil die sehr viele Einblicke auch in andere Bundesländer haben und uns vielleicht zusätzliche Expertise bringen.

Sie hatten noch etwas zur Versetzung von Lehrkräften gefragt. Ich verstehe die Frage nicht so richtig, denn die Senatsverwaltung hat uns Schulen mitgeteilt, dass Schulen nur bis 97 Prozent Stellen zugemessen bekommen. Also hat zukünftig gar keine Schule einen Überhang, vielleicht im Augenblick noch einen Moment, aber ich sage mal, wenn zwei Kollegen in Pension gehen, einer in Rente geht, darf ich dafür nicht neu einstellen, weil ich ja jetzt von 100 auf 97 Prozent runtergehen muss, dann bietet sich gar keiner an, den ich versetzen könnte. Das kann man vielleicht im Einzelnen als Schulleitung mal machen, aber, ich sage es ganz ehrlich, man ist dann motiviert, wenn man vielleicht jemanden nicht da haben möchte. In der Breite stellt sich die Frage aber gar nicht. Frau Busse hat zwar vorhin von einer Schule mit 110 Prozent gesprochen, aber ich frage mich, wie so etwas überhaupt entstehen kann, weil wir ja seit Jahren nur bei 100 Prozent gewesen sind.

Die Reduktion von Klassenarbeiten bzw. Klausuren ist mit Sicherheit eine Option, um den Korrekturaufwand zu verringern. Ich glaube, Herr Duveneck hatte vor Corona die Anzahl der Klausuren mal angestoßen. Wir haben das durch Corona ein wenig im vierten Semester, darüber könnte man noch weiter nachdenken, denn die gymnasiale Oberstufe ist sehr korrekturintensiv. Lehrer haben aber auch die Tendenz, möglichst viel zu korrigieren. Das ist ein Berufsproblem. Die erlegen sich dann noch extra lange Klausuren auf, weil dann die Schüler mehr Zeit haben, sich auszudrücken. Ich bin Mathelehrer, ich sage: Im Grundkurs reichen 90 Minuten, fertig. Aber die machen daraus dann trotzdem 180.

Zu den Fragen zu Kooperationen, bzw. wie wir mit Personen kooperieren: Natürlich, nur haben wir immer ein praktisches Problem, wenn diese Menschen allein etwas mit Schülern machen. Dann brauchen wir richtige Verträge, Honorarverträge oder richtige oder befristete Einstellungen oder so etwas, die wir mit ihnen abschließen. Das ist sehr aufwendig, dazu brauchen wir wieder Verwaltungspersonal. Das muss man alles bedenken. Da hängt immer ziemlich etwas dran. Wenn ich eine Vertretungslehrkraft einstelle, ist es teilweise deutlich aufwendiger, als wenn ich jemanden unbefristet fest anstelle. Dafür brauche ich deutlich weniger Zeit. Da gibt es diese Einstellungsgarantien, und damit ist es viel einfacher. Das sollte man dabei im Blick behalten, wenn man diese ganzen Kooperationen – – Wir wollen das ja auch, und ich bin froh, wenn mal andere Menschen in die Schule kommen, und da nicht bloß Lehrkräfte sind, aber das muss auch mit Verwaltung und Geld unterlegt sein. Das ist im Endeffekt immer noch alles sehr bürokratisch.

Dann noch mal zu den Fragen der FDP-Fraktion. Sie hatten konkret nach Anerkennung gefragt. Die Anerkennung anderer Bundesländer ist überhaupt kein Problem. Bei anderen Ländern ist nicht die große Hürde, dass sie anerkannt werden, sondern die Verfahren dauern in meinen Augen leider ein bisschen zu lang. Die Hürde ist in der Regel die deutsche Sprache. Aber ich habe auch Fälle, wo sich Lehrkräfte bewerben, die in anderen Ländern Lehramt studiert haben und schon eine Weile in Berlin sind, da wäre die Sprache nicht die Hürde, sondern manchmal sind es sehr komplizierte Prozesse. Das ist aber ein bundesweites, kein spezielles berliner Problem, weil deutsche Behörden ausländische Abschlüsse grundsätzlich als geringerwertig empfinden. Oft müssen diejenigen noch irgendetwas nachstudieren, weil sie ein halbes Jahr kürzer, als in Deutschland üblich wäre, studiert haben. Für den spanischsprachigen Raum gilt z. B. das Problem, dass man als Lehrer nur ein Fach hat. Wir haben dieses Zweifachprinzip. Da sind ein paar Hürden, an denen man konkret arbeiten könnte. Bei der Anerkennung könnte man sogar sagen, dass es vielleicht Landesrecht ist, aber es wird bun-

desweit so gehandhabt. Ich nehme an, da gibt es wahrscheinlich Vereinbarungen von der KMK.

Ich habe oft Leute, bei denen ich weiß, dass ich die gar nicht einstellen will, die trotzdem mit mir sprechen wollen, weil sie nicht von irgendjemandem beraten werden, weil sie nicht wissen, wie sie mit ihrem ausländischen Abschluss in Deutschland in die Schule kommen. Das ist wirklich nicht gut kommuniziert, und es gibt auch keine Anlaufstelle. Ich mache das dann immer, weil ich denke: Ich bin Leiter einer Europaschule und unterstütze, wenn spanischsprachigen Menschen kommen. Ich erkläre ihnen: Du musst da hingehen, das machen, da kannst du dir das vielleicht anerkennen lassen, oder wahrscheinlich musst du noch etwas nachstudieren, oder hier geht sogar eine Eignungsprüfung. – Das ist alles sehr wenig bekannt. Das ist das Problem.

Fortbildungen an Schulen und was nötig ist, wenn wir mehr an Schulen fortbilden: An einer so großen Schule wie meiner haben wir immer die Tendenz zur schulinternen Fortbildung. Das muss nicht immer heißen, dass das unsere eigenen Lehrkräfte machen. Das geht und ist die unkomplizierteste Sache, wenn wir Lehrkräfte mit Expertise haben und die Fortbildung mit den eigenen Kolleginnen bzw. Kollegen machen. Wir holen auch viele externe Leute rein. Dann brauchen wir wieder Geld. Die müssen bezahlt werden. Wir sollen ja den Verfügungsfonds zurückbekommen, darüber wird so etwas bezahlt, woher soll das sonst kommen? Und bei 3 000 Euro – – Wenn ich einen Studientage mache, brauche ich 10, 20 Referenten, da brauche ich keine 3 000 Euro, sondern 5 000 Euro oder 10 000 Euro. Wir müssen mit diesen Menschen auch wieder Verträge abschließen usw. Deswegen ist es für manche Schulen eine Hürde – da muss ich wieder einen Honorarvertrag machen, wer macht das? –, das muss vorbesprochen werden usw. Bei diesen Verwaltungsaufgaben brauchen wir in den Schulen Personal oder Unterstützung.

Frau Günter-Wünsch hatte, so wie ich es verstanden habe, ganz direkt eine Frage gestellt. Ich habe mit verschiedenen ukrainischen geflüchteten Familien gesprochen. Ich habe den glücklichen Umstand, dass ich drei Lehrkräfte an der Schule habe, die Ukrainisch sprechen können. Also können wir mit ihnen sehr direkt sprechen. Im Augenblick klopfen noch nicht so viele bei den Schulen an, weil sie der Meinung sind, dass sie bald wieder in der Ukraine sein werden. Ich stelle mich jetzt auch nicht hin und sage: Wir denken aber, so schnell geht das nicht. – Das wird noch ein paar Wochen und Monate dauern, ehe ihnen klar ist: Ich muss jetzt den deutschen Schulweg gehen. – Die ukrainischen Kinder sind sehr verwirrt, weil sie nach der 9. Klasse den mittleren Schulabschluss haben, dann geht es zwei Jahre zum Abitur, und dann ist man nach der 11. Klasse fertig. Und wir sagen jetzt vielleicht einer Zehntklässlerin: Bei uns musst du aber noch vier Jahre machen. – Das ist schwierig. Das wird ein längerer Prozess sein, ehe sie sich auf Deutschland einlassen, weil Deutschland in ihren Augen die deutlich schlechteren zeitlichen Strukturen bietet, bis man irgendwann mal mit irgendetwas fertig ist. – Okay. Danke!

Vorsitzende Ellen Haubdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Zimmerschied! – Herr Witzke, bitte!

Stephan Witzke (Grundschulleiterverband): Danke schön! – Ich versuche mal zusammenzufassen: Vieles ist Kommunikation. Frau Günther-Wünsch sagte es: Ja, jüngere Schulleiter sind unsicher, Schulaufsichten sind unsicher. Sie wollen das nicht falsch machen, deswegen

braucht es Raum für Kommunikation, und das braucht Zeit. Ich hatte es vorhin schon gesagt: Wir loben es sehr, dass mit den Zahlen offen umgegangen wird, aber Ende Mai ist für uns zu spät. Auch an der Stelle muss mehr und deutlicher kommuniziert und auch die Möglichkeit gegeben werden, dass es Schule wirklich mal schafft und probiert und eigenverantwortlich unterwegs ist.

Das Gleiche betrifft auch die Frage der Umsetzung: Zwangsumsetzung kann man machen, ich weiß aber nicht, was dabei herum kommt. Das ist auch wieder eine Frage der Kommunikation und vielleicht der Möglichkeit: Probiere es aus! – Es hilft Kollegen immer, wenn sie sich unsicher sind – man verlässt ja etwas, eine gute Schule –, wenn man sagt: Da fühle ich mich wohl, da gehe ich nicht einfach weg. – Dann muss man sagen: Mache es für ein Jahr, für zwei Jahre! – Wir müssen diese Möglichkeiten haben, ansonsten wird es nicht funktionieren. Wie Herr Zimmerschied richtig sagte: Wenn ich bei 97 Prozent Schluss machen muss, werde ich da niemanden hinziehen lassen und auch gar nicht die Frage stellen. Das wäre auch eine Frage der Kommunikation, denn 100 Prozent sollte wirklich das Mindestmaß sein, wenn man es dann hinbekommt.

Frau Dr. Jasper-Winter! Sie fragten nach der Kooperation und was wir brauchen. – Eine Honorarkraft darf ich wegen Aufsichtsproblemen eigentlich nicht allein lassen. Ich brauche Geld, um Honorarkräfte von den Sportvereinen einzustellen. Wenn ich eine Bonusschule bin, einen Verfügungsfonds habe: Okay, aber es gibt viele Schulen, auch in Steglitz-Zehlendorf, die das alles nicht haben und vielleicht trotzdem mehr Schwimmlehrer oder dergleichen brauchen. Im Rahmen der Aufsicht sind wirklich enge rechtliche Vorgaben gegeben, wo es immer heißt: Ich mache gern Schwimmunterricht, aber eigentlich muss immer ein Lehrer daneben stehen, weil ich das allein nicht machen darf. – Das sind Dinge, die uns schon helfen, wenn man uns an der Stelle ein bisschen mehr Raum gibt. – Das Geld hatte Herr Zimmerschied auch schon angesprochen: Ohne Geld können wir keine Kooperation schließen und auch keine Leute einkaufen.

Herr Slotty hatte es vorhin erwähnt: Die größte Personalstelle im Land Berlin ist die von SenBJF. In den letzten Jahren habe ich Menschen verloren, Experten für gewisse Gebiete, weil sie keine Auskunft von der Personalstelle bekommen haben. Es muss aus meiner Sicht dringend ermöglicht werden, dass die Personalstelle eine Servicestelle wird, dass Leute, bevor sie zum Land Berlin kommen, wissen, was sie bekommen, und nicht erst bei der Vertragsunterschrift erfahren: Ups, ich bekomme ja eigentlich weniger, als ich dachte. – Das muss auf jeden Fall beachtet werden.

Zugangskriterien für Seiteneinsteiger: Wenn wir Musiker, Künstler, Sportler haben wollen, haben die nicht immer den richtigen Schein dabei, weil sie vor allen Dingen etwas können müssen. Es muss berlinweit möglich sein, diese Leute einzustellen. In Neukölln ist das gang und gäbe, weil wir das schon seit Jahren in Neukölln so machen dürfen. Von meinen Schulleitungskollegen in Steglitz-Zehlendorf und in Charlottenburg-Wilmersdorf höre ich, dass es äußerst schwierig ist, weil natürlich auch Personalräte noch ein Wörtchen mitreden. Wenn Sie dort Dinge vereinfachen und verschlanken können: Sehr gern, das hilft uns.

Frau Günther-Wünsch hat die Pädagogische Hochschule ein bisschen erwähnt. Ich kenne die nur vom Hörensagen und habe dort nicht studiert. Das wünschen sich die Kollegen für den Grundschulbereich durchaus. Am Anfang ist der Fächergedanke auch nicht wichtig, wir wol-

len Leute, die den Anfangsunterricht können. Das muss sich an der Uni widerspiegeln. Natürlich wollen wir auch Leute, die Englisch sprechen können und wissen, wie die englische Didaktik geht, dass Sie mich nicht falsch verstehen, aber am Anfang brauchen wir Leute, die den Schulanfang verstehen. Die Schulvergleichstest beweisen ja, dass vieles nicht so funktioniert. An dieser Stelle noch einmal ein deutliches Votum für die Kommunikation mit den Hochschulen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Witzke! – Und nun zum Abschluss der Senat. – Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Astrid-Sabine Busse (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Nochmals vielen Dank für die ausführliche Beantwortung der Fragen! Ich mache es kurz. Befristete Umsetzung gibt es, dafür werben wir auch. Es stimmt natürlich, diese Zwangsumsetzung und „du darfst nie mehr zurück“ – – Aber die sind befristet. Man sagt: Geh bitte für ein Jahr an die und die Schule, aber du darfst nach einem Jahr wieder zurückkommen. – Das ist unsere Linie. Etwas anderes ist auch nicht sinnföhrnd.

Dann sage ich noch etwas zur „didacta“, der tollsten und größten Bildungsmesse der Welt. Ich habe die früher selbst besucht. Das Haus ist auch dort gewesen, aber Aufwand und Nutzen standen in keinem Verhältnis. – Herr Fresdorf! Ich sage Ihnen mal als Pädagoge: In diese Halle, wo die Stände kommen, geht man nicht unbedingt hinein. Lehrerinnen und Lehrer, die wirklich auf der Suche nach wundervollen, tollen Materialien oder Vorträgen – – Das ist schon eine tolle Messe, aber Aufwand und Nutzen und unglaubliche Kosten – – Die letzte war ja jetzt in Köln. Deswegen sind wir da jetzt nicht mehr gewesen und meinen, auf dem Berlin-Tag mehr zu sehen. Aber Sie haben auf der tollen Messe gut aufgepasst. – Danke!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Ich darf auf die Fragen eingehen, die Herr Krüger zu Beginn seiner Ausführungen gestellt hat. Es bleibt bei diesen 920 VZE an Lehrkräften, die fehlen. Ich glaube, die Senatorin meinte eingangs, dass das natürlich ungleich verteilt ist, und hat zwei Bezirke hervorgehoben, in denen die Lage nicht ganz so angespannt ist. Dafür ist sie an anderer Stelle dann möglicherweise angespannter. Ich glaube, das war nur eine kurze Momentaufnahme.

Zu der Frage zu den rechtlichen Konsequenzen, die Schulleitern durch eine Nichteinhaltung der VV Zumessung entstehen könnten – habe ich die Frage richtig verstanden? –: Das ist eine Verwaltungsvorschrift, kein Gesetz und hat auch nicht den Charakter einer Rechtsverordnung, insofern könnte man da nur, um ganz formal zu bleiben, disziplinarisch aktiv werden, aber ich sage mal, das beabsichtigt niemand, darum geht es ja bei der VV Zumessung auch nicht, sondern ausdrücklich darum, den Schulen mehr Flexibilität zu ermöglichen.

Dann wurde noch zum LISUM gefragt: Das das ist ein gutes Beispiel dafür, dass nicht immer alles stimmt, was in der Zeitung steht. Deswegen ist es gut, dass Sie an dieser Stelle noch mal fragen. Niemand stellt hier den grundsätzlichen Plan der Koalition infrage, ein eigenes Landesinstitut für Lehrkräftefortbildung aufzubauen. Das Land Berlin plant grundsätzlich, die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg auf vielen Gebieten auszuweiten. Wir haben bis vor kurzem noch – nächste Woche wird das Parlament als Haushaltsgesetzgeber ja erst über das neue Haushaltsgesetz verfügen – diese Zeit natürlich genutzt, den Klärungsprozess voranzutreiben. Es wäre zwar schön, man könnte alle Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag inner-

halb des ersten halben Jahres einer Legislaturperiode umsetzen, aber ich glaube, gerade wenn man mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen zwei Bundesländern blickt, ist es gut, ein solches Vorhaben gut vorzubereiten und das mit den Kolleginnen und Kollegen des anderen Bundeslandes kollegial zu besprechen. Grundsätzlich ist es so, dass der Senat unser Haus ermächtigen müsste, weil es hier um die Kündigung eines Staatsvertrages mit einer Kündigungsfrist von 24 Monaten zum Jahresende geht. Die Stelle des Direktors ist auch jetzt zum Jahreswechsel ausgeschrieben worden. Das resultiert ganz einfach daraus, dass der amtierende Direktor in Pension geht, und man kann so eine Organisation nicht ohne außenvertretungsbefugte Person lassen, insofern ist das aus meiner Sicht selbstverständlich, dass eine solche Stelle nachbesetzt wird. Hinzu kommt, dass das Land Brandenburg am LISUM seine Schulinspektion beispielsweise angesiedelt hat, wir dort über Rahmenlehrpläne der beiden Bundesländer beraten und die dort entwickelt werden, und das Land Brandenburg sicherlich auch noch eigene Ideen entwickeln wird. Wir können jetzt diese Organisation auch nicht einfach gegen die Wand fahren lassen, und so tun, als würde uns das alles nichts mehr angehen.

Ich möchte gleich Herrn Gabbei bitten, auf die Frage zu antworten, welche Zahlen der Lehrkräftebedarfsrechnung zugrunde liegen. – Sie hatten auch noch zu der Steuerungsgruppe Lehrkräftebildung gefragt. Die hat zuletzt gerade diese Woche getagt, nämlich vorgestern, aber erst das zweite Mal in dieser Legislaturperiode. Die nächste Sitzung ist im November. Ich bin mit den Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der Staatssekretärin Naghipour, zu den Fragen der Lehrkräfteausbildung an unseren Hochschulen in engem Austausch. Teil dieser Steuerungsgruppe sind auch die Vizepräsidenten der drei Universitäten. Wir haben in der letzten Sitzung z. B. über den Sachstand zur Umsetzung der Digitalisierung in der Lehrkräftebildung, über das Sonderprogramm „Beste (Lehrkräfte-)Bildung für Berlin“ und eine neue Rahmenvereinbarung für schulpraktische Studien beraten, die Evaluation der Arbeitsgemeinschaft zum Tandemmodell und Berichte aus dem Kooperationsrat entgegengenommen und über Ergebnisse der AG Übergang vom Studium in den Vorbereitungsdienst beraten.

Sie sehen: Es geht alles in die richtige Richtung, aber es wird seine Zeit brauchen. Ich persönlich kann nur davor warnen, dass wir in diesem riesigen Themenkomplex, in dem wir uns bewegen, immer isoliert ein, zwei oder drei Themen herausgreifen und sagen: Da, da und da machen wir jetzt mal etwas. Ich glaube, dass wir viele der Maßnahmen miteinander harmonisieren und synchronisieren müssen, ansonsten schaffen wir uns da vielleicht wieder nur neue Probleme für die Zukunft. – Und jetzt Herr Gabbei, bitte!

Bernd Gabbei (SenBJF) [zugeschaltet]: Danke, Herr Slotty! – Ich übernehme dann direkt die Frage zu der Anlage 2 c, die ganz konkret angesprochen wurde. Die Anlage 2 c gibt Auskunft über die zukünftigen Einstellungen und die Entwicklungen des Einstellungsbedarfs. Das ist erst mal eine relativ einfache Logik: Wir gucken uns den Bedarf an, der, hauptsächlich von den Schülerzahlen dominiert, aufwächst. Dann wir gucken an, was aus dem System durch Pensionierung, durch verändertes Teilzeitverhalten etc. an Bestand herausgeht. Diese klassische Berechnung der Bilanz, wie wir es dann nennen, hat in Berlin eine Besonderheit: Wir stellen in Berlin diesem sog. Bruttounterrichtsbedarf den Nettobestand gegenüber. Dieser Bruttounterrichtsbedarf beinhaltet alle Komponenten des Unterrichts, dazu gehören die Stundentafel, die heute vielfach diskutiert wurde, die strukturelle Unterstützung, Sprachförderung, Integration, Inklusion und der Profilbedarf, aber dazu gehören auch die 4 600 VZE Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden. Das ist von der Größenordnung her noch mal wichtig, weil diese Anrechnung- und Ermäßigungsstunden insgesamt mehr ausmachen als der gesamte Be-

darf, den wir für Sprachförderung, Integration und sonderpädagogische Inklusion haben. Das berücksichtigen wir alles mit und stellen das dem Nettobestand gegenüber, der sowohl die bestehenden Teilzeiten als auch Beurlaubungen berücksichtigt. Genauso wird aber das, was an sog. nichtverfügbaren Lehrkräften im System ist, also alle Lehrkräfte, die entweder eine Langzeiterkrankung haben, im Mutterschutz oder Innendienst sind oder Beschäftigungsverbot haben, abgezogen und den Schulen nicht in Rechnung gestellt. Nach meiner Kenntnis aus der KMK sind wir das einzige Bundesland, das das macht, das also tatsächlich den Bruttobedarf gegen den Nettobestand rechnet. Deswegen haben wir eine besondere 100-Prozent-Quote, die wir, indem wir wiederum einstellen, versuchen zu erreichen.

Diese Einstellungslogik, also die Berechnung dazu, wie man zu den Einstellungen kommt, hat sechs Schritte. Der erste Schritt ist, zu schauen, was man im letzten Schuljahr hätte einstellen müssen, aber nicht geschafft hat. Das Fehlen des Vorjahres kommt also in diese Berechnung mit hinein, denn es muss ja ausgeglichen werden, wir haben ja gesagt: Wir sind in einem wachsenden System. Wir haben dann die Pensionierungen und andere Abgänge von Lehrkräften, wir haben die wachsenden Schülerzahlen, wir haben immer Veränderungen bei Anrechnungen und Ermäßigungen von Lehrkräften, die zum Teil den wachsenden Schülerzahlen geschuldet sind, wenn es zum Beispiel um die Frage von Organisationsstunden der Berliner Schule geht, aber wir haben auch verändernde Regelungen in der Zumessung, sowohl der Anrechnungsstunden als auch der Unterrichtsorganisation. Dann müssen wir auch noch die befristeten Einstellungen in das System mit einbauen. Die sind auch relativ dynamisch und in den letzten Jahren stark angestiegen. Aus diesen Komponenten ergibt sich dann die Zahlen, die sie in der Anlage 2 c ablesen können.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Gabbei! – Dann kommen wir nun zum Abschluss unseres Tagesordnungspunktes. Zu Punkt 2 a stelle ich fest, dass die Besprechung abgeschlossen wird.

Zu Punkt 2 b kommen wir nun zur Abstimmung. Bevor ich in diese einsteige, sage ich, dass die Frist zur Vorlage eines Umsetzungsplans der 28. Februar 2022 ist. Ich gehe davon aus, dass dieser aktualisiert wird. – [Zuruf aus der CDU] – Der 30. September wird als neue Frist zur Umsetzung des Umsetzungsplans angekündigt. Wer dem Antrag der CDU-Fraktion mit der Änderung des Berichtsdatums zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion. Damit ergeht eine entsprechende negative Beschlussempfehlung über den Hauptausschuss an das Plenum.

Zu Punkt 2 c: Die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 2 c wird vertagt bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Zu Punkt 2 d: Die Besprechung zum Tagesordnungspunkt 2 d wird heute abgeschlossen.

Ich möchte mich recht herzlich an alle Anzuhörenden, aber auch an die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wenden und bedanken, dass Sie uns heute für unsere Fragen und Anmerkungen zur Verfügung gestanden und uns Ihren Blick aus der Praxis mitgegeben haben. Ich unterbreche nun die Sitzung großzügige 10 Minuten bis 16.35 Uhr. Wir fangen aber diesmal pünktlich um 16.35 Uhr wieder an. – Vielen herzlichen Dank!

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung –vorgezogen –

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**VV Zumessung: geplante Neuregelungen bei der
strukturellen Unterstützung sonderpädagogischer
Förderung und beim strukturellen Ausgleich zum
Schuljahr 2022/2023**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0074](#)
BildJugFam

Ich bitte kurz um Begründung des Besprechungsbedarfs und rufe hierzu Frau Brychey auf.

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Wir haben diesen Besprechungspunkt zur VV Zumessung angemeldet, weil wir dem Senat gern die Gelegenheit geben wollen, die Berliner Schultypisierung und die VV Zumessung noch mal vorzustellen, und uns die Gelegenheit geben wollen, Nachfragen zu stellen. Deswegen finden wir es gut, dass wir das heute hier besprechen, bevor das Schuljahr startet.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Ich übergebe an den Senat. – Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Vielen Dank! – Wir hatten ja heute schon an einigen Stellen über die Verwaltungsvorschrift Zumessung gesprochen. Daran wird aktuell bei uns im Haus noch redaktionell geschliffen, aber es ist uns wichtig hier noch mal ganz klar zu betonen, dass dieser Entwurf keine Kürzung auf Ebene des Gesamtsystems beinhaltet. Für die strukturelle Unterstützung im Bereich der sonderpädagogischen Förderung gibt es mehr multiprofessionelle Teams. Die Bemessung des strukturellen Ausgleichs – vormals der Sprachförderung – erfolgt zukünftig auf der gerechteren Basis der Schultypisierungsstufe statt auf nichtdeutscher Herkunftssprache – ndH – oder der Lernmittelbefreiung.

Laut Entwurfsfassung der VV Zumessung werden den Schulen in gemeinsamem Unterricht für das Schuljahr 2022/23 für Schülerinnen und Schüler der Förderschwerpunktgruppe 3 weiterhin grundsätzlich acht Lehrkräftewochenstunden zur Verfügung stehen. Um das noch mal zu konkretisieren: Diese acht Lehrkräftewochenstunden können – es besteht keine grundsätzliche Verpflichtung – nun also wie folgt wahlweise besetzt werden, um flexibel reagieren zu können: als drei plus fünf LWS – das steht für Lehrkräftewochenstunden – oder als drei LWS plus 7,5 Stunden, die als Bedarf an pädagogischer Unterrichtshilfe oder Betreuer oder Erzieherin bzw. Erzieher organisiert werden sollten, wenn die vorhandenen Stunden nicht von Sonderpädagoginnen und -pädagogen besetzt werden können. Man muss dazu sagen: Es ist wirklich bundesweit absolut schwierig, Sonderpädagoginnen und -pädagogen zu gewinnen; das ist absoluter Goldstaub, muss man inzwischen sagen. In jedem Fall erhöht sich damit gleichzeitig die zur Verfügung stehende Zeitressource vor Ort. Die Möglichkeit der Umwandlung von LWS nutzen bisher schon einige Schulen, die sich bewusst dafür entschieden haben, die vorhandenen Ressourcen bedarfsorientiert und multiprofessionell einzusetzen.

Im Entwurf der VV Zumessung werden weiterhin Kriterien festgelegt, die absichern sollen, dass notwendige sonderpädagogische Fördermaßnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Sonderpädagogikverordnung durchgeführt werden. Es sollen unter anderem eine Ansprechperson für sonderpädagogische Förderung und Vorklä rung für SIBUZ und regionale Schulaufsicht benannt

werden und Rechenschaftslegung und Dokumentation über den Stundeneinsatz für die einzelne Schule erfolgen. Für die Anlage 3 der VV Zumessung wurde ein neuer Titel gewählt – vormals Sprachförderung –, der sowohl die Historie der Entwicklung dieses Teils der Zumessung als auch die praktische Umsetzung der in den Schulen gelebten Realität besser beschreibt. Das bisherige Format der Zumessung stand seit Jahren in der Kritik, die sich sowohl aus der eindimensionalen Herleitung über die eben genannten Merkmale herleitet als auch aus der bestehenden 40-Prozent-Schwelle und einer für viele Verfahrensteilnehmende nicht darstellbaren Form der kleinteiligen Faktorisierung auf Schülerinnenebene. Ziel ist die Auflösung dieser LmB-, BuT- bzw. ndH-Betrachtung zugunsten einer mehrdimensionalen Lösung auf Basis der standardisierten Schultypisierung. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Burkert-Eulitz, bitte!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Nur noch mal eine Verständnisfrage: Bei dem Punkt „Kinder mit G3“ gab es ja in den letzten Wochen große Aufregung in der Stadt. Soweit ich weiß, gab es ursprünglich mal die Formulierung „sollte“. Ist die jetzt im Papier mit „können“ enthalten, oder steht da immer noch „sollte“ oder „sollen“? Es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass Sie gerade noch mal klargestellt haben, dass der Standard – so denn die Fachkräfte da sind – die acht Stunden durch Lehrkräfte sind, und nur für den Fall, dass diese nicht vorhanden sind – wir gehen davon aus, dass sie irgendwann wieder da sein werden –, diese andere Möglichkeit besteht. Ich denke, diese Klarstellung ist ganz wichtig, weil es da doch sehr viele Diskussionen in den Schulen und in der Stadt gegeben hat. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Günther-Wünsch, bitte!

Katharina Günther-Wünsch (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das ist ja eine der zentralen Fragen, die sich viele Schulen schon seit langer Zeit stellen. Ich komme aus so einer Schule. Wir hatten über 80 Prozent – ich nehme noch mal das furchtbare Wort – ndH-Quote und haben darüber unsere Sprach-, Inklusions- und Integrationsstunden generiert. Jetzt würde mich einfach mal interessieren: In welchem Verhältnis stehen denn jetzt die standardisierten Schultypen, und was kommt da raus? Sie müssen das ja mit irgendeinem Umrechnungsfaktor berechnet haben, damit Schulen – gerade die, die das auch brauchen – keine Verluste haben; zudem, was Sie jetzt mit Standards für Schultypen gemacht und wie Sie das ins Verhältnis gesetzt haben. Was ist also da Ihr Berechnungsmodell gewesen, dass Sie die ndH-Quote herausgenommen haben? Das ist aus den Unterlagen überhaupt nicht nachvollziehbar. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Hopp, bitte!

Marcel Hopp (SPD): Ich will die Antwort der Senatsverwaltung jetzt nicht vorwegnehmen – [Heiterkeit] –, aber in der Schultypisierung ist der ndH-Indikator ja weiterhin vorhanden. Es geht uns ja um die Veröffentlichung des ndH-Faktors, insofern muss man da differenzieren. Für eine Ressourcenzuteilung ist der ndH-Faktor natürlich weiterhin wichtig. – Ich hätte aber trotzdem auch eine Frage zur Schultypisierung, und zwar ist ja „Verweilende und Wiederholende“ auch ein Indikator. Jetzt gab es allerdings zumindest an meine Adresse Anfragen insbesondere von ISS und Gemeinschaftsschulen, die qua Schulform ja gar kein Sitzenbleiben haben, sondern nur die Möglichkeit des freiwilligen Wiederholens oder für Abschlussklassen vielleicht noch mal etwas anderes, die in diesem Indikator eine strukturelle Benachteiligung

im Vergleich zu Gymnasien sehen. Insofern würde mich schon interessieren, ob Sie das noch mal richtigstellen könnten. Nach meinem Verständnis dürfte dieser Indikator für ISS und Gemeinschaftsschulen gar nicht angewendet werden, weil sie damit in diesem Bereich immer eine niedrigere strukturelle Belastung hätten. Aber das hat natürlich gar keine Aussagekraft, da sie das qua Schulform gar nicht in dieser Form haben. Insofern würde ich den vielen ISS und Gemeinschaftsschulen, die mich adressiert hatten, gern antworten, deshalb wäre ich für eine Antwort sehr dankbar. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Gibt es weitere Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt? Dann würde ich das jetzt zusammenfassen. Ich sehe noch Frau Brychey.

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich wollte die Verwaltung bitten, noch mal darzustellen, dass jetzt mit dem neuen Index, der neuen Schultypisierung die Ungerechtigkeit ein Stück weit beseitigt wird, wenn in der Vergangenheit bei einer eindimensionalen Zumessung die Schulen unter einer gewissen Quote, eben unter 40 Prozent gefallen sind, und was jetzt der Vorteil der neuen Schultypisierung ist, und wollte da auch noch mal nach den Übergangsregeln fragen; dass die noch mal dargestellt werden und was das jetzt für die Schulen in der Praxis bedeutet, wenn die Schultypisierung angewendet wird.

Dann wollte ich zur strukturellen Unterstützung, zu dem Förderschwerpunkt 3 fragen: Wenn man jetzt keine Sonderpädagogin findet und die Zumessung über PU, Betreuerin bzw. Betreuer oder Erzieherin bzw. Erzieher in Anspruch nimmt, was bedeutet das dann in Stellenanteilen? – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen Dank! – Ich sehe keine weiteren Fragen, dann übergebe ich an Herrn Slotty. – Bitte!

Staatssekretär Alexander Slotty (SenBJF): Danke sehr! – Ich kann jetzt schon mal Herrn Gabbei bitten, sich bereit zu machen, weil der wirklich als, ich will schon fast sagen, Architekt absolut tief im Thema ist. Vielleicht aber zu der Frage von Frau Burkert-Eulitz meinerseits: Ja, es ist so, dass wir die Formulierung in der Vorschrift von „sollten“ in „können“ ändern werden. Es ist nur so, dass wir das dem Hauptpersonalrat schon zur Befassung vorgelegt hatten; den müssen wir jetzt informieren, dass es da noch mal eine Veränderung gab. Dazu sind wir jetzt noch nicht gekommen, das ist aber schon in die Wege geleitet. – Zu den Fragen von Frau Günther-Wünsch: Zu den Umrechnungsgrundlagen wird Herr Gabbei gleich etwas sagen. Herr Gabbei sagt dann auch bitte etwas zu der Frage von Herrn Hopp, wie die Indikatoren für die Wiederholer in den Kontext der ISS und Gemeinschaftsschulen zu setzen sind, und auf die beiden Fragen von Frau Brychey möchte ich auch Herrn Gabbei bitten zu antworten.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Herr Gabbei, bitte!

Bernd Gabbei (SenBJF) [zugeschaltet]: Danke, Frau Vorsitzende! Danke, Herr Slotty! – Ich greife mal das Wort „Gerechtigkeit“ auf. Das ist ja eine moralische Setzung, der wir uns an sich in der VV Zumessung nicht widmen. Ich verstehe das politisch, aber in der VV Zumessung geht es ja um eine Verteilungsgerechtigkeit. Wir haben in den letzten Jahren sehr viele Nachteile des alten Zumessungsmodells erlebt; diejenigen im Verfahren, die schon so alt sind wie ich, erinnern sich noch. Wir haben seit 25 Jahren ein Modell gewählt, in dem wir eine 40-

Prozent-Schwelle eingeführt haben, die damals sehr viel Sinn gemacht hat. Wir haben gleichzeitig von der diskriminierenden Berechnung der „Ausländer“ auf ein Verfahren umgestellt, das Sprache mehr in den Vordergrund stellen sollte, und haben das dann damals „nichtdeutsche Herkunftssprache“ genannt. Damit war gemeint, dass man versucht, Schulen zu identifizieren, die einen besonders hohen Anteil von Kindern haben, die zu Hause nicht Deutsch sprechen. Daraus hat man abgeleitet, dass diese Schulen einen höheren Bedarf in der Sprachförderung haben. Das hat nichts mit dem einzelnen Kind zu tun, ist auch gegenüber dem einzelnen Kind immer mit einer gewissen Unschärfe belegt, aber natürlich für die Schule als eine Aussage, als ein strukturelles Hilfsmerkmal durchaus geeignet gewesen zu einer Zeit, als wir in der Stadt einen sogenannten ndH-Anteil von 16 Prozent hatten.

Heute liegt der ndH-Anteil bei knapp 40 Prozent. Sie sehen: Schon aus diesen 40 Prozent heute macht es überhaupt keinen Sinn, dass man weiter mit dieser Schwelle der 40 Prozent operiert hat, die ja auch in diesem Schuljahr noch gültig war, zudem – das hat Herr Slotty schon betont – die Berechnung eindimensional stattgefunden hat. Das heißt, wenn an einer Schule – und wir hatten diese Fälle – ein einzelner Schüler anders eingetragen wird – entweder durch einen Fehler oder weil man noch eine Nachprüfung oder Ähnliches hatte; das geht ja in beide Richtungen –, dann hat sich die gesamte Sprachförderung entweder verabschiedet, oder man hatte auf einmal, an großen Schulen, mehrere Stellen zusätzliche Sprachförderung. Das hat sich jedes Jahr geändert. Das war für die Schulen nicht auszuhalten, und viele Schulen haben uns zurückgespiegelt, dass sie sich hier ein stabileres Verfahren, eine Langfristigkeit wünschen, und dass sie insbesondere von der eindimensionalen Betrachtung weg wollen.

Diese direkte Eintragung an den Merkmalen – das sind die Merkmale ndH und LmB bzw. BuT – schlägt dann auch in anderen Verfahren durch. Also im Bonusprogramm – das wissen Sie auch – sind die Stufen auch noch an diese Schwellen gekoppelt, das ist auch in anderen Zumessungssystemen außerhalb der Personalzumessung der Fall. Das ist für das System einfach schwierig auszuhalten. Gleichzeitig gab es eine Linearität der Zumessung. Das heißt, eine Schule hat linear mit der Anzahl der Schüler mehr Ressourcen in dem Förderbereich bekommen. Das ist auch von den Experten als nicht ganz korrekt beschrieben worden, gerade die kleinen Schulen und auch die kleinen Grundschulen haben darunter gelitten, dass sie unterproportionale Ausstattung hatten, weil man natürlich eine gewisse Basisausstattung braucht, um überhaupt erst mal starten zu können. Eine Zumessung von 0,4 Lehrkräften o. Ä. macht in der praktischen Umsetzung der Schulen also überhaupt keinen Sinn.

Diese Kleinteiligkeit führt auch dazu, dass sie in Schülerfaktoren ausgewiesen wurde, und die Schülerfaktoren waren in der alten Zumessung im aktuellen Schuljahr zum Beispiel im Gymnasium bei 0,1 Stunden oder bei 0,22 Stunden pro Schüler. Daraus ist auch oft – zum Beispiel im Landesschulbeirat oder in anderen Gremien – abgeleitet worden, dass diese 0,22 Stunden erstens einem Schüler gehören – also die müssen sozusagen dem Schüler gehören, das war eine Argumentation, die ich oft gehört habe –, und zweitens, dass diese Stunden dann auch in irgendeiner Form dargestellt werden. Natürlich – das braucht man jetzt gar nicht mehr zu erklären – kann man 0,1 Stunden im Stundenplan o. Ä. gar nicht abbilden, sondern natürlich machen die Schulen eine Bündelung dieser Stunden und haben dann einen ganzen Strauß an Maßnahmen, mit denen sie in den Bereichen Sprachförderung betreiben. – Das mal zum Hintergrund der Überlegungen: Warum braucht man ein anderes System?

Parallel zu diesen Überlegungen haben wir die Schultypisierung entwickelt, die ja an sich mit der Zumessung erst mal gar nichts zu tun hat, sondern für sich als System steht und aus dem Qualitätsbereich heraus entwickelt wurde, um faire Vergleiche zu gestalten, also Schulen zu erlauben, sich mit Schulen in gleichen strukturellen Lagen zu vergleichen. Das ist das System der Schultypisierung. Uns erschien es besonders sinnvoll, bestimmte Typisierungsstufen mit einer Zumessung zu belegen und damit die ganzen Nachteile einzufangen, die ich eben dargestellt habe.

Wenn man sich die Berechnung anguckt, die in der Anlage 3 der Zumessungsrichtlinien abgebildet ist, ist die Berechnung jetzt sehr viel einfacher. Das kann man direkt ablesen. Die Schulen wissen, zu welcher Schultypisierungsstufe sie gehören. Das wissen sie seit einem Jahr. Weil die Schulen eine so unterschiedliche Größe haben, haben wir dann noch mal zwischen großen und kleinen Schulen differenziert, aber nicht mehr in der Linearität, und haben bei der Stufe 7 Schwerpunkte gesetzt. Das sind die Schulen, die klassischerweise einen Lmb-Anteil von über 90 Prozent, einen ndH-Anteil von über 90 Prozent und einen besonders hohen Anteil an Sonderpädagogik haben und die nach der Bemessung der Stadtentwicklungsverwaltung des Sozialindex, der auch in diese Schultypisierung einfließt, in einem sozialstrukturiert kritischen Bereich liegen. Darauf wollten wir den Fokus richten. Die kriegen eine besonders hohe Zumessung, und wir wollten gleichzeitig die Größe der Schule belegen. Da gibt es immer noch einen Zuschlag, wenn eine Schule eine besondere Größe hat, also die Durchschnittsgröße der Berliner Schulen in der jeweiligen Schulart überschreitet. Das ist das generelle Wirkungsprinzip.

Zu der Frage von Herrn Hopp: Die Schultypisierung ist ein komplexes mathematisches Modell, das versucht hat, Erklärungen auf statistischer Ebene so gut wie möglich abzubilden. Wir haben die Schultypisierung neben den Experten, die wir im Haus haben, vom DIPF in Frankfurt, von Prof. Hartig, wissenschaftlich überprüfen lassen. Prof. Hartig ist bundesweit der Experte für Schulindizes und berät im Moment parallel das Land Hamburg. Wir fühlen uns von dem mathematischen Modell her sehr gut aufgestellt.

Die Frage von Herrn Hopp war: Was passiert – er hat das am Beispiel der Wiederholer gemacht –, wenn bei einer Schule nicht alle sechs Merkmale, die in die Schultypisierung eingehen, vorliegen? – Das kann sowohl strukturelle Gründe haben, wie das eben bei den Wiederholern dargestellt wurde, wo die Daten nicht von allen Schulformen vorliegen, aber es kann auch andere Gründe haben, dass es mal eine Datenlücke im System gibt. Deswegen funktioniert die Berechnung so, dass den Schulen durch diese Datenlücke kein Verlust entsteht oder keine andere Schultypisierung folgt, sondern wir berechnen diese Werte als fehlende Werte im System und berechnen am Beispiel dieser Schule nur mit fünf der Merkmale die Schultypisierung. Es ist also vorgesorgt. Wenn man zukünftig Änderungen macht, braucht man immer die Möglichkeit, entweder strukturell oder aus anderen Gründen mit fehlenden Werten umzugehen. Insofern ist damit vorgebaut, und den Schulen entsteht kein Nachteil.

Die Schulen, die in besonderer Weise von der neuen Umstellung profitieren, sind die Förderschulen, die in der Vergangenheit mit dem alten Modell schlecht weggekommen sind. Das muss man auch noch mal sagen. Wir kriegen selten positive Zuschriften von Schulen, die sich über etwas freuen, wenn ich das mal sagen darf, aber hier ist es tatsächlich der Fall. Die Sonderschulen, die wir wegen der dortigen Kinder besonders im Fokus haben, sind in diesem Modell gut aufgehoben.

Dann war noch eine Frage zu dem Übergangsverfahren. Davor geschaltet muss ich sagen: Wenn wir ein neues Modell machen, ist nicht das Ziel, dass die Verteilung der Ressourcen hinterher wieder genauso ist, wie sie vorher war. Dann bräuchten wir kein neues Modell zu machen. Das Ziel ist gerade, dass man umverteilt und eine Fokussierung macht, so, wie ich es dargestellt habe. Diese Umverteilung muss natürlich abgedeckt sein. Das heißt, wir haben ein Übergangsverfahren, und dieses Übergangsverfahren beinhaltet, dass keine Schule in Berlin mehr als 1,5 Vollzeiteinheiten in einem Jahr gewinnt oder verliert. Wir wollten keine großen

Gewinnerschulen haben, weil es für die Schulen auch schwierig ist, wenn sie auf einmal drei Lehrkräfte mehr an Bord haben, sondern wir wollten ein Verfahren, das ein Übergangsverfahren ist, und wir wollen, dass diese Zumessung jetzt mal drei Jahre so bleibt, wie sie ist, damit die Schulen stabil arbeiten können und auf drei Jahre im Voraus wissen, auf wie viele Stunden sie kommen, statt, wie in der Vergangenheit, jedes Mal auf die Statistik warten zu müssen, um dann einen sehr kleinkariert berechneten Anteil zu bekommen und den schon im laufenden Schuljahr in den Stundenplan einbauen zu müssen. – Das waren die Punkte, die ich mir aufgeschrieben habe und zu denen ich jetzt hoffentlich umfänglich geantwortet habe.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Gabbei! – Bevor ich doch noch Nachfragen zulasse, würde ich mit Ihrem Einverständnis, und obwohl ich weiß, dass es herausfordern ist, zu diesem Tagesordnungspunkt gern ein Wortprotokoll haben, um es in Ruhe nachzuvollziehen, wenn es vorliegt, wenn das für Sie in Ordnung ist. – Ich sehe Kopfnicken und hoffe auf ganz viel Verständnis vonseiten des Ausschussbüros, denn normalerweise kündigen wir es ja vorher an, wenn wir dazu ein Wortprotokoll haben wollen. Aber ich glaube, die Fülle an Fakten war jetzt gerade so – – dass wir – nicht nur, dass es Herr Hopp vorzeigen kann, wenn er angeschrieben wird – es nachvollziehen können. – Ich sehe Nicken. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir das Wortprotokoll für den Tagesordnungspunkt 4 – neu – haben. – Dann habe ich Frau Burkert-Eulitz und Frau Günther-Wünsch.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Ich habe zu ndH eine Nachfrage. Grundsätzlich sehen wir als Grüne ndH nicht im Zusammenhang mit dem Sprachförderbedarf, weil in der Regel, jedenfalls habe ich es so in der Vergangenheit gelernt, der Zusammenhang, der den klassischen Sprachförderbedarf hervorhebt, eher durch Armutbelastung und soziale Benachteiligung entsteht. Ein Kind, das aus einem sozialen Zusammenhang kommt, wo zwar zu Hause kein Deutsch gesprochen wird, aber die Grundsätze und die Struktur von Sprache verstanden hat, möglicherweise wächst es dreisprachig auf, ist anders zu fördern als Kinder, denen diese Strukturen als kleines Kind nicht vermittelt wurden. Deswegen sind wir, nicht nur, was den Diskriminierungszusammenhang angeht, sondern auch die inhaltliche Frage, ob ndH widerspiegelt, welchen Bedarf wir haben – –

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Günther-Wünsch!

Katharina Günther-Wünsch (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Darauf will ich nicht weiter eingehen. Ich glaube, dazu gibt es ganz unterschiedliche Statistiken und Aussagen. – Mich interessiert noch etwas anderes. Wir haben heute gehört, dass wir 10 000 Kinder aus der Ukraine haben. Wir haben auch schon andere Willkommensklassen. Welche Berücksichtigung finden die Kinder aus den Willkommensklassen beim Übergang in die Regelklassen bei diesem neuen Berechnungsmodell?

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Frau Brychcy, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Ich wollte an meine Frage nach der strukturellen Unterstützung beim Förderschwerpunkt 3 erinnern. Ich hatte gefragt, was das in Stundenanteilen bedeutet, wenn keine Sozialpädagogin oder kein Sozialpädagoge vorhanden ist, und man diesen Weg geht, dass man das durch eine pädagogische Unterrichtshilfe, Betreuerin bzw. Betreuer oder Erzieherin bzw. Erzieher ersetzt. – Danke!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Dann gebe ich zur Beantwortung gern direkt an Herrn Gabbei weiter.

Bernd Gabbei (SenBJF) [zugeschaltet]: Gern! – Zur ndH-Frage: Ich hatte schon gesagt, dass alle Merkmale, egal ob man ndH oder Lmb nimmt, Merkmale der Schule sind, die eine strukturelle Belastung der Schule abbilden. Aber beim Sprachförderbedarf gehe ich völlig konform, weil das für den Sprachförderbedarf nur Stellvertretermerkmale sind. Mir wäre es sehr lieb, wenn wir eine Sprachstandsfeststellung hätten, so, wie sie Hamburg hat, die in jedem Jahr den Sprachstand feststellt, und dann könnten wir über die prozentualen Anteile ein Zumessungsmodell entwickeln. Da würde ich in die Hände klatschen. Das würde ich gut finden. Das haben wir aber nicht in Berlin, und deswegen müssen wir mit Stellvertretermerkmalen arbeiten. Die funktionieren so, wie wir es im Moment gemacht haben, sehr gut und sind die beste mathematisch geprüfte Möglichkeit, um diese Belastung darzustellen. Aber es ist natürlich klar, dass das Stellvertreter sind.

Bei den WiKo-Kindern ist es so, dass sich die Zumessung in den Willkommensklassen nicht geändert hat. Wenn die Kinder in das Regelsystem übergehen, gehen sie ganz normal wie jeder andere Schüler in dieses System ein. Das heißt, wenn das Kind einen entsprechenden BuT-Bescheid hat, zählt dieses Kind genauso in die Faktoren rein wie jedes andere Kind auch. Es gibt dort keine Sonderzumessung für den Übergang. Wir haben dafür zwar Sonderressourcen im System, aber die Verteilung erfolgt über die Faktoren entweder über die Schule so wie für alle anderen Kinder oder in dem Sondersystem Willkommensklassen, wo es eine ca. doppelt so hohe Zumessung für die Klassen gibt, wie sie eine Regelklasse in der jeweiligen Schule hat.

Zur Umwandlung: Das hatte Herr Sloty schon vorhin kurz gesagt, wenn ich die Frage richtig verstanden habe. Der mit der Finanzverwaltung besprochene Umtauschkurs des Personals liegt bei 1,5. Das heißt, wenn man an der Schule 20 Lehrkräftestunden zur Verfügung hat, die man gern umwandeln will, dann erhält man dafür 30 Stunden in den anderen Beschäftigtengraden. Das kann natürlich zu einer sehr hohen Stundensumme führen. Wir haben dieses Verfahren seit ungefähr vier Schuljahren im System. Im Moment wandeln die Schulen 200 Vollzeiteinheiten Lehrkräfte um und erhalten dafür ganz grob 300 VZE aus dem anderen System, Betreuer, pädagogische Unterrichtshilfen. Die Hälfte dieser aktuellen Umwandlungen sind pädagogische Unterrichtshilfen. Das ist nach Auskunft der Schulen aus pädagogischen Gründen in Einzelfällen, in denen das von der Schule entschieden wird, besonders sinnvoll.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Eine letzte Runde lasse ich noch zu. – Herr Hopp, bitte!

Marcel Hopp (SPD): Herr Gabbei! Sie haben jetzt eine Rückfrage provoziert. – Ich finde auch aus fachlicher Sicht die Sprachstandsfeststellung nach Hamburger Modell deswegen sinnvoll, das wissen wir auch aus der Deutsch-als-Zweitsprache-Forschung, weil Deutsch als Zweitsprache keineswegs nur Kinder mit Zuwanderungsgeschichte betrifft, sondern auch eine soziale Dimension hat, und es auch deutsche Kinder, die keine Zuwanderungsgeschichte haben, betrifft und auch da Sprachförderbedarfe sind. Jetzt würde mich aber noch interessieren: Wir haben einige Vergleichsarbeiten, VERA 3, VERA 8, BBR 9, MSA 10. Reichen diese Vergleichsdaten nicht aus, um eine Indikation zu ermitteln? Braucht es wirklich wie in Ham-

burg jährlich einen standardisierten Test zusätzlich, oder kann man das ergänzend denken? Das fände ich spannend. – Danke schön!

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Gibt es weitere Fragen? – Dann würde ich jetzt die Redeliste für diesen Tagesordnungspunkt schließen und übergebe noch einmal direkt an Herrn Gabbei.

Bernd Gabbei (SenBJF) [zugeschaltet]: Man kann direkt antworten: Nein, es ist nicht möglich, die eins zu eins zu übernehmen. Wenn Sie zum Beispiel an VERA denken: VERA hat einen ganz anderen Auftrag. Wir haben Versuche gemacht, VERA auch in andere Richtungen zu analysieren. Man muss sich jedes dieser Instrumente angucken, kann aber feststellen, dass es den flächendeckenden Einsatz in einer Schulart, hier der Grundschule plus den Gemeinschaftsschulen, für eine bestimmte Klassenstufe in Berlin nicht gibt. Das müsste man als Allererstes sicherstellen. Ich bin kein Experte, was die Instrumente angeht. Das müssen die Sprachfördermenschen machen. Mir stehen keine Daten zur Verfügung, mit den ich aktuell dort etwas rechnen könnte. Das ist also eine fachliche Frage, die man vielleicht noch mal anders diskutieren muss.

Vorsitzende Ellen Haußdörfer: Vielen herzlichen Dank, Herr Gabbei! – Ich sehe vonseiten der Abgeordneten keinen weiteren Redebedarf, auch nicht vonseiten der Verwaltung. Dann würde ich für heute den Tagesordnungspunkt 4 – neu – abschließen und danke für ein Wortprotokoll!

Punkt 3 der Tagesordnung (neu) – Fortsetzung –

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0390
**Gesetz zur Wiederherstellung der Parität in der
Schulkonferenz**

[0079](#)
BildJugFam

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.